

Gemeinderat Adliswil

Protokoll der 34. Plenumsitzung vom 9. Dezember 2009

19.00 Uhr, Aula Schulhaus Hofern

Anwesend

Ratspräsident Max Stenz
33 Ratsmitglieder
Ratssekretärin Ida Hofstetter Protokoll
Ratsweibelin Lydia Schumacher

entschuldigt

2 Ratsmitglieder

Präsenz der Exekutivebehörde

Stadtrat

Harald Huber	Stadtpräsident
Didier Falbriard	Sicherheit, Umwelt
Mario Fehr	Jugend, Freizeit, Sport
Stephan Herzog	Soziales
Dr. Alphons Kappeler	Hochbau
Walter Müller	Finanzen
Astrid Romer Schneiter	Tiefbau
Heinz Spälti	Gesundheit, Umwelt
Patrick Stutz	Werke

Stadtschreiber

Dr. iur. Alexandre von Rohr

Schulpflege

Rita Rapold Schulpräsidentin

Geschäfte

1. Mitteilungen

2. Schulsozialarbeit - flächendeckende Einführung (SPB 110/09, SRB 269/09)

Antrag der Schulpflege, der flächendeckenden Einführung von Schulsozialarbeit mit Erhöhung des Stellenplans um 1,8 Stellen zuzustimmen

3. Finanzplan 2009 - 2013 (SRB 262/09)

Aussprache und Kenntnisnahme

4. Budget 2010 (SRB 263/09)

Anträge des Stadtrates auf Genehmigung des ordentlichen Budgets und der Globalbudgets 2010, des Gemeindesteuerfusses sowie des Stellenplanes

Dieses Traktandum gilt auch als allgemeine Fragestunde.

5. Stadtpolizei Adliswil

Interpellation von Roger Neukom betr. Stadtpolizei Adliswil, Beantwortung

6. Steuerpolitik der Stadt Adliswil

Interpellation von Yannick Wettstein und 13 Mitunterzeichneten betr. Steuerpolitik der Stadt Adliswil, Begründung

1. Mitteilungen

1.1 Entschuldigungen

Für die heutige Sitzung liegen folgende Entschuldigungen vor:

Daniel Frei	krank
Rita Schmid Göldi	berufliche Verpflichtung

1.2 Dank an Blumen Tanner

Max Tanner hat für die heutige Ratssitzung freundlicherweise ein sehr schönes Adventsarrangement zur Verfügung gestellt. Der Ratspräsident dankt Herrn Tanner herzlich im Namen des Gemeinderates.

1.3 Dank an das Hauswarts-Ehepaar Astrid und Milan Babuska

Der Ratspräsident dankt im Namen des Gemeinderates Astrid und Milan Babuska für ihren engagierten Einsatz im Rahmen der Gemeinderatssitzungen und wünscht ihnen fürs 2010 alles Gute.

1.4 Information über die Änderung der Nutzungsplanung im Gebiet „Sunnau“

Der Ratspräsident informiert wie folgt:

Im November 2001 hat der Gemeinderat Änderungen der Nutzungsplanung erlassen, und zwar die Zonenplanänderung Sunnau-Moos und den Erschliessungsplan Sunnau-Moos.

Der Teilbereich Moos wurde durch den Regierungsrat genehmigt, der Teilbereich Sunnau hingegen musste infolge eines Rekurses von der Genehmigung ausgenommen. Zwischenzeitlich konnte das Rekursverfahren über das Gebiet Sunnau geschlossen werden, so dass das Genehmigungsverfahren für den Teilbereich Sunnau eingeleitet werden konnte.

Die Baudirektion des Kantons Zürich hat nun am 3. November 2009 die vom Gemeinderat festgesetzte Änderung des Zonenplans im Gebiet Sunnau-Moos sowie den Erschliessungsplan Sunnau-Moos (Teilbereiche Sunnau) genehmigt.

Dies wurde sowohl im Sihltaler als auch im Amtsblatt publiziert.

1.5 Überweisungen an die RGPK

Am 30.11.09: Anträge des Stadtrates auf

- Genehmigung der Teilrevision der Zweckverbandsvereinbarung Soziales Netz Horgen
- Genehmigung der Weisung zur Urnenabstimmung

1.6 Mitteilungen aus dem Stadtrat und der Schulpflege

Stadtrat Didier Falbriard beantwortet die pendente Frage von Hanspeter Clesle von der September-Sitzung. Seine Frage lautete: Wie will die Stadt Adliswil in der Sportanlage Tüfi die nötige Ordnung durchsetzen und sicherstellen, dass die berechtigten Nutzer die ihnen zustehenden Parkplätze verwenden können?

In Übereinstimmung mit dem Ressort Jugend, Freizeit und Sport und den Vertretenden verschiedener Sportvereine hat das Ressort Sicherheit im November zuhanden der Kantonspolizei folgenden Antrag eingereicht: „Das Parkieren auf den Parkplätzen der Sportanlage Tüfi soll zukünftig von Montag bis Freitag maximal drei Stunden, samstags und sonntags maximal vier Stunden mit Parkscheibe erlaubt sein.“ Im Gegensatz zu den blauen Zonen gilt dieses neue Regime rund um die Uhr, auch am Sonntag. Die Beschränkung muss publiziert werden, und wegen der bevorstehenden Feiertage wird diese Regelung voraussichtlich erst im Februar umgesetzt werden können, sofern dagegen nicht rekuriert wird.

1.7 Fraktionserklärungen und persönliche Erklärungen

Fraktionserklärung von Davide Loss, SP:

Die SP-Fraktion nimmt mit Besorgnis Kenntnis von der Arbeit der Kommission Reform. Es mehren sich die Zeichen, dass diese Kommission ihre Arbeit nicht mit der nötigen Präzision und Hingabe erledigt. Bis zum heutigen Tag hat die Kommission Reform 20 Sitzungen abgehalten. Das ist mehr als die Hälfte der Sitzungen, die der Gemeinderat in einer vierjährigen Legislatur abhält. Insgesamt wurde in dieser Kommission 38 Stunden diskutiert, ohne dass die Kommission bisher dem Gemeinderat je einen Bericht erstatt hätte oder dass etwas Handfestes aus dieser Kommissionsarbeit resultiert wäre. Dies zeigt, dass die Kommission ihre Arbeit nicht mit der nötigen Aufmerksamkeit und Gewissenhaftigkeit ausführt. Statt zügig in wenigen Sitzungen die gemeinderätlichen Kommissionen neu zu organisieren, wird in dieser Kommission um den heissen Brei herumgeredet. Erst an der 8. Sitzung haben die einzelnen Kommissionsmitglieder überhaupt erstmals ihre Vorstellung der Neuorganisation der gemeinderätlichen Kommissionen darlegen können. Für die SP-Fraktion sind diese Nichtfortschritte inakzeptabel. Schon mehrfach hat die SP-Fraktion darauf hingewiesen, dass die Kommission Reform nicht den erwünschten Erfolg herbeizuführen vermag. Vielmehr sieht die SP-Fraktion den Grund der unzähligen Sitzungen bei den Sitzungsgeldern. Jedes Mitglied dieser Kommission hat allein bisher 1'250 Franken als Sitzungsgeld erhalten, der Präsident sogar 2'500 Franken. Insgesamt hat also diese ganze Übung die Steuerzahlenden 11'250 Franken gekostet. Mit diesem Geld könnte sich die Stadt Adliswil während rund vier Jahren eine schöne Bepflanzung auf der Bahnhofbrücke leisten. Die SP-Fraktion fordert, dass sich die Kommission Reform an der nächsten Sitzung auflöst und dem Gemeinderat umgehend ihre konkreten Ergebnisse vorlegen und ihre Arbeit detailliert erläutern wird.

Erklärung von Hanspeter Clesle:

Gestern las ich in der Zürichsee-Zeitung zum Thema Schulsozialarbeit folgenden Artikel: „Bedarf der Schulen ist dringlich“. U. a. heisst es: „In verschiedenen Sitzungen hat sich gezeigt, dass sich die bürgerliche Mehrheit von EVP, FDP, Freien Wählern und SVP, die sich im Zuge der Sparbemühungen gebildet hat, immer wieder gegen Anträge der Schulpflege stellt.“ Geschätzte Journalistinnen und Journalisten - dies stimmt so nicht. Erst vor rund drei Monaten haben sich die EVP-Ratsmitglieder klar für eine Schulsozialarbeit zu Gunsten der Schule Werd eingesetzt, und sie werden dieses wichtige Anliegen weiterhin unterstützen. Die EVP bildet mit der FDP eine Fraktionsgemeinschaft, die sie sehr schätzt, aber teilt deswegen nicht immer das bürgerliche Gedankengut. Eine mögliche unterschiedliche Meinung wird in dieser Gemeinschaft gegenseitig respektiert. Ich bitte die betreffenden Medienschaffenden, dies zu respektieren und zu berichtigen.

1.8 Protokoll

Zum Protokoll vom 4. November 2009 sind keine Änderungsbegehren eingegangen. Somit gilt dieses Protokoll als genehmigt.

1.9 Nächste Sitzung

Falls das Budget 2010 heute definitiv verabschiedet wird, findet die nächste Sitzung im Februar oder März 2010 statt.

1.10 Traktandenliste

Es gibt keine Einwände zur Traktandenliste.

2. Schulsozialarbeit - flächendeckende Einführung

Antrag der Schulpflege, der flächendeckenden Einführung von Schulsozialarbeit mit Erhöhung des Stellenplans um 1,8 Stellen zuzustimmen

Der Ratspräsident informiert, dass heute Nachmittag Listen mit 96 Unterschriften der Lehrerschaft „pro Schulsozialarbeit“ dem Ratssekretariat übergeben wurden.

Yannick Wettstein, Referent der RGPK:

Das Thema Schulsozialarbeit ist topaktuell - und dies nicht nur in Adliswil. Wer in den letzten Wochen und Monaten aufmerksam die Medien verfolgt hat, wird immer wieder auf entsprechende Berichte zum Thema gestossen sein. In der Tat lässt sich in den Zürcher Gemeinden ein regelrechter Boom der Schulsozialarbeit feststellen. Nach Schätzungen der Bildungsdirektion stieg der Anteil der Gemeinden mit Schulsozialarbeit seit 2002 von damals 20 % auf heute zwei Drittel an. Auch auf Stufe Kanton läuft derzeit eine Debatte um die Schulsozialarbeit: Der Zürcher Regierungsrat hat anfangs dieses Jahres den Entwurf für ein neues Gesetz über die ambulante Kinder- und Jugendhilfe in die Vernehmlassung geschickt. Dieses Gesetz soll per Anfang 2011 in Kraft treten und würde gemäss § 21 des Entwurfes alle Gemeinden verpflichten, die Schulsozialarbeit einzuführen und für ein bedarfsgerechtes Angebot zu sorgen. Trotz dieses Trends in Richtung einer flächendeckenden Einführung der Schulsozialarbeit und wissenschaftlichen Erkenntnissen, welche ihre Wirksamkeit zu bestätigen scheinen, gehen die politischen Meinungen zur Frage, wie Schulsozialarbeit in einer Gemeinde konkret umgesetzt werden soll, weit auseinander. Entsprechend lebhaft, emotional, teilweise auch emotionalisiert, gestaltet sich die politische Auseinandersetzung. Ich verweise auf vorletzten Sonntag, wo die Stimmberechtigten von Dietikon nach einem hart geführten Abstimmungskampf mit 52 % gegen die Weiterführung der Schulsozialarbeit gestimmt haben. Beim Thema Schulsozialarbeit kommen unterschiedliche Vorstellungen zur Rolle der Schule zum Ausdruck, es wird mit dem Wohl der Kinder argumentiert, und es geht nicht zuletzt auch um die Frage der Finanzierung.

In diesem Spannungsfeld bewegt sich auch die Debatte in Adliswil. In der Septembersitzung dieses Jahres ist der Gemeinderat dem Antrag der RGPK gefolgt und hat den Antrag der Schulpflege zur Schaffung einer Stelle für Schulsozialarbeit im Schulhaus Werd abgelehnt. Die RGPK bekannte sich damals in ihrem Votum ausdrücklich zur Schulsozialarbeit in Adliswil und begründete ihre ablehnende Haltung damit, dass das bisherige schrittweise Vorgehen, d. h. die Bewilligung von Stellen für einzelne Schulhäuser, zu einer ungleichen Abdeckung der Schulhäuser mit Schulsozialarbeit führte. Zur Behebung dieses unbefriedigenden Zustandes forderte die RGPK von der Schule ein gesamtheitliches Konzept für die Schulsozialarbeit. Unter Hinweis auf die begrenzten finanziellen Ressourcen der Stadt umschrieb die RGPK ihre Vorstellungen von diesem Konzept wie folgt: „Die RGPK wünscht sich die Diskussion von Alternativen zum Status quo, etwa der Möglichkeit einer Pool-Lösung oder die Abdeckung z. B. zweier Schulhäuser durch einen Schulsozialarbeiter. Es soll dabei aufgezeigt werden, wie mit den bestehenden Ressourcen oder ev. einer finanziell tragbaren Erhöhung derselben sofort eine qualitativ möglichst gute Abdeckung aller Schulhäuser erreicht werden kann.“

Das vorliegende Konzept erfüllt die Erwartungen der RGPK nicht. Zwar liegt der heute vorliegende Antrag mit einem Stellenpool von 350 Stellenprozenten rund 50 Stellenprozent unter den 400 Stellenprozenten, welche die Fortschreibung der schrittweisen Einführung der Schulsozialarbeit in einzelnen Schulhäusern, im Stadium des Vollausbau beansprucht hätte. Die RGPK bedauert, dass die Schulpflege nicht bereit war, ein den Vorstellungen der RGPK entsprechendes Konzept herauszuarbeiten, d. h. ein Konzept, welches mit den bestehenden Ressourcen oder einer vertretbaren Erhöhung auskommt. Stattdessen liegt uns heute ein Antrag vor, welche eine Erhöhung des Stellenplans um insgesamt 1,8 Stellen umfasst. Nach vollständiger Umsetzung würden hierdurch zusätzlich jährlich wiederkehrende Kosten von rund 200'000 Franken anfallen.

Auf Anfrage der RGPK, weshalb sich die Schule entgegen den Empfehlungen der RGPK für dieses Vorgehen entschieden hat, gab der Schulsekretär zu erkennen, dass die Schulpflege nach ausführlicher Diskussion zum Ergebnis gelangt sei, dass ein Stellenpool von 350 % die minimalste Alternative zur früheren Konzeption darstelle. So könne einerseits ein flexibler Einsatz der Schulsozialarbeitenden garantiert und gleichzeitig sichergestellt werden, dass die Schülerinnen und Schüler jeder Schule trotzdem eine namentlich bekannte Hauptansprechperson haben, was wichtig sei, um das notwendige Vertrauen herzustellen. Die RGPK hat sich mit den Argumenten der Schulpflege auseinandergesetzt und ist dabei mehrheitlich zum Schluss gelangt, dass die beantragte Stellenerhöhung und der damit verbundene finanzielle Mehraufwand zur Sicherstellung einer qualitativ hochstehenden Schulsozialarbeit nicht erforderlich ist und das Mass des Vernünftigen klar überschreitet.

Für die Berechnung der Stellenprozent gibt die Bildungsdirektion in ihren „Empfehlungen zur Einführung von Schulsozialarbeit“ vom Juni 2009 eine 100 %-Stelle pro 600 - 900 Schülerinnen/Schüler an. Pro Schulsozialarbeiter-Stelle sollen ein bis maximal drei Schulhäuser abgedeckt werden. Wendet man diese Empfehlungen auf die Schule Adliswil mit rund 1600 Kindern und Jugendlichen an, so kommt man auf eine Bandbreite von 178 bis 267 Stellenprozent. Die beantragten 350 Stellenprozent liegen somit weit über den Empfehlungen des Kantons. Dies erklärt sich dadurch, dass sich die Schule bislang an den Empfehlungen des Berufsverbandes im Bereich der Sozialen Arbeit, avenir-social, orientierte. Dass die Empfehlungen von avenir-social offensichtlich nicht von finanzpolitischen Überlegungen geprägt sind, zeigt sich dadurch, dass der Berufsverband etwa doppelt so viele Stellen empfiehlt wie der Kanton. Auch im Vergleich mit den anderen Parlamentsgemeinden erscheinen die beantragten 350 Stellenprozent als hoch.

Die RGPK sieht sich durch die Prüfung des Antrages in ihrer Haltung bestätigt, dass der effektive Bedarf an Schulsozialarbeit zwischen den verschiedenen Schulhäusern stark variiert und sich im Laufe der Zeit verändern kann. Die RGPK hat hierzu die Stundenabrechnungen der drei in der Schule Adliswil tätigen Schulsozialarbeiter analysiert. Dabei hat sich z. B. ergeben, dass einer der Schulsozialarbeiter im untersuchten Zeitraum von Januar bis Ende Oktober 2009 lediglich 56 % der Arbeitszeit mit Beratung und Projekten beschäftigt war, während 44 % der Arbeitszeit auf Sitzungen und Administration entfielen. Bei den anderen beiden Schulsozialarbeitern hingegen betrug der Anteil solcher Nebentätigkeiten weniger als 25 %. Im Oktober war einer der Schulsozialarbeiter 23,5 Stunden mit Beratung und Projekten beschäftigt, während dieser Wert bei den beiden anderen Schulsozialarbeitern 104,5 respektive 98,5 Stunden betrug. Diese Erkenntnisse sprechen für uns eine klare Sprache: Was die Schule Adliswil benötigt, ist ein flexibles

Konzept, welches einen maximalen Nutzen für die Kinder und Jugendlichen bringt. Dass es möglich ist, dass einzelne Schulsozialarbeiter einen überwiegenden Teil ihrer Arbeitszeit im Büro verbringen, während etwa im Schulhaus Werd zunehmende Probleme beklagt werden, stimmt die RGPK nachdenklich. Die RGPK respektiert die besondere Fachkenntnis von Schulpflege und Schulverwaltung in Belangen wie der Schulsozialarbeit und masst sich nicht an, der Schule aufzuzeigen, wie ein optimales Konzept auszusehen hat. Aufgabe der RGPK und des Gemeinderates ist es jedoch, die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel der Adliswiler Steuerzahlenden möglichst effektiv einzusetzen und konkrete Anträge, wie den vorliegenden, auf ihre Effektivität hin zu überprüfen.

Die RGPK möchte dasselbe, wie die Schule in ihrem Aufruf an den Gemeinderat fordert, nämlich für eine ausreichende Versorgung mit Schulsozialarbeit in allen Schulen sorgen. Ein Antrag, dessen finanzielle Konsequenzen weit über das vom Kanton Empfohlene hinausgehen, schiesst jedoch unseres Erachtens über das Ziel hinaus. Die RGPK beantragt aus all diesen Gründen mehrheitlich, den Antrag der Schulpflege, den Stellenplan der Schulpflege um 1,8 Stellen zu erhöhen, abzulehnen.

Schulpräsidentin Rita Rapold:

Der RGPK danke ich für die Prüfung des Geschäfts, auch wenn die Schulpflege - und wie sich nun deutlich gezeigt hat auch die Lehrerschaft - über das Resultat enttäuscht ist.

Auch in der kurzen Zeit, die der Schulpflege zur Verfügung stand, hat sie alles nochmals genau geprüft. Diese kurze Zeit musste genutzt werden, einerseits der Dringlichkeit halber, um dem Anliegen der Lehrerschaft und der Elternforen gerecht zu werden, andererseits ist dieses Geschäft vom Stellenplan abhängig und dieser wird nur an der heutigen Sitzung behandelt. Die Schulpflege ist bei der Überarbeitung zum Schluss gekommen, dass der vorliegende Antrag die minimalste sinnvolle Version ist. Der ursprüngliche Plan wurde der RGPK auf eine Frage hin nochmals erläutert. Das heisst, dass wenn wir bei der bisherigen Strategie geblieben wären, hätte das Resultat 2,1 Stellen ergeben. Nun sind wir mit dem neuen Konzept auf 1,6 Stellen - eine Einsparung von einer 50 %-Stelle. Diese Einsparung können Sie, geschätzte Ratsmitglieder, auf ihre Intervention hin als Erfolg verbuchen. Zum finanziellen Teil - der steht ja bekanntlich bis jetzt und auch aufgrund der Aussagen während der Verhandlungen in der September-Sitzung vom 2.9.09 nicht im Vordergrund: Es geht um 70'000 Franken im nächsten Jahr, langfristig um 210'000 Franken jährlich. Dies sind 60'000 Franken bzw. 22 % weniger als nach ursprünglichem Konzept. Eine Abdeckung der restlichen drei Schulhäuser wurde von Ihnen der Gerechtigkeit halber gefordert. Der Einsatz sollte von einer zentralen Stelle geleitet werden. Stellvertretungen und gegenseitige Unterstützung sollten gewährleistet sein. Dies liegt nun vor. Das Wort „Poollösung“ finden sie nicht explizit – mit den reduzierten Pen-sen ist aber etwas anderes gar nicht möglich. Trotzdem soll möglichst eine Person Hauptansprechpartner in jeder Schule sein, um die notwendige Vertrautheit zu gewährleisten. Schulsozialarbeit ist keine anonyme Dienstleistung wie der Einkauf beim Grossverteiler, ihr Erfolg hängt sehr stark vom gegenseitigen Vertrauen ab.

Dabei gilt es noch zu erwähnen, dass sowohl im Zentrum Kronenwiese zwei Schulhäuser von einer Schulsozialarbeiterin betreut werden, als zukünftig auch im Sonnenberg/Wil-acker/Hofern eine Gesamtlösung existieren wird. Zudem sind jeder Schule noch Kindergärten zugeteilt, dem Kopfholz und dem Sonnenberg vier, dem Werd und dem Zopf drei. Auch diese gilt es, wenn auch in geringem Masse, in die Präventionsarbeit und

Problembehandlung einzubeziehen. Schulsozialarbeit wird in Adliswil intensiv genutzt. Sie ermöglicht es, bei Problemen schnell hinzuschauen, diese frühzeitig wahrzunehmen, offen zu legen und zu handeln. Schulsozialarbeit ist eine wertvolle Unterstützung bei der Präventionsarbeit, eine Entlastung für unsere überlasteten Lehrpersonen, und sie ist von den Schulen nicht mehr wegzudenken. Im Namen der Schulpflege, der Lehrerschaft und der Elternforen bitte ich Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Clemens Ruckstuhl:

Ich vertrete die Minderheit der RGPK, den Antrag der Schule gutzuheissen, und zwar aus folgenden Gründen: Schulsozialarbeit ist für die Schule nutzbringend. Sie kann helfen, kritische Situationen und unnötige Eskalationen zu vermeiden, sowie die Kultur in den Schulhäusern nachhaltig positiv zu verändern. Es gilt auch zu beachten, dass die Schule ständig mehr erzieherische Aufgaben zu lösen hat.

Die Definition der finanziellen Grössenordnung, die die Schulsozialarbeit verursacht, ist einfach nicht möglich. Lediglich ein indirekter Nutzen ist feststellbar und zeigt sich erst später. Dass es eine Schulsozialarbeit braucht, war an der September-Sitzung für fast alle klar. Warum jetzt die ablehnende Haltung zum revidierten Antrag der Schule? Die Argumente der Rückweisung betreffen vor allem die Quantifizierung der Leistung respektive das Aufnehmen der Argumente, die seitens der RGPK eingebracht wurden. Aber Schulsozialarbeit ist Prävention und nicht Feuerwehr. Ich bin mir auch bewusst, dass uns dieses Geschäft fast ein Steuerprozent kostet. Aber bedenken Sie doch bitte, dass schon bereits ein paar wenige Auswüchse im sozialen Bereich, die durch Schulsozialarbeit verhindert werden können, die Kosten wett machen. Ich bitte Sie, den Minderheitsantrag der RGPK zu unterstützen.

Peter Barmettler:

Wir haben bereits an der Sitzung vom 2. September ausführlich über Bedarf, Zweck und Wirksamkeit von Schulsozialarbeit diskutiert. Deshalb gehe ich auf deren Notwendigkeit nicht mehr ein. Wie damals erläutert, stellt die Schulsozialarbeit für unsere Fraktionsgemeinschaft neben anderen Massnahmen wie z. B. einer verstärkten Mitverantwortung der Eltern ein mögliches Instrument zur Prävention und Intervention in einem belasteten Schulklima dar. Ich gehe daher ausschliesslich auf die Umsetzung und den personellen Umfang ein. Die RGPK und die FDP haben im September u. a. von der Schulpflege ein Gesamtkonzept verlangt. Dieses liegt nun vor, wir danken der Schulpflege und insbesondere der Schulpräsidentin dafür. Da schon länger absehbar war, dass auch die restlichen Schuleinheiten Bedarf für Schulsozialarbeit anmelden würden, war dieses Vorgehen richtig. Nun haben wir Transparenz, wie die Schulpflege die Schulsozialarbeit für alle Schuleinheiten gleichberechtigt und gesamthaft künftig organisieren möchte. Der Antrag der Schulpflege in der Septembersitzung wurde abgelehnt, weil eine Mehrheit des Gemeinderates mit der konkreten Umsetzung nicht einverstanden war. Die RGPK und die FDP-Mitglieder haben damals eine Pool-Lösung gefordert.

Die Schulpflege stellt nun auf der Basis eines Gesamtkonzepts für die flächendeckende Einführung von Schulsozialarbeit den Antrag für eine Erhöhung um 1,8 Stellen. Seitens der Schulpräsidentin im Rat sowie vom Schulleiter und Schulsozialarbeiter Kopfholz mit uns im Gespräch wurde stets die Nähe zu den Schülerinnen und Schülern vor Ort betont. Wir meinen, dass auch bei einer Pool-Lösung ein Vertrauensverhältnis zu den Schü-

lerinnen und Schülern aufgebaut werden kann. In anderen Gemeinden betreut eine Schulsozialarbeiterin oft mehr als ein Schulhaus. Die Überlegungen einer zentralen Lösung wurden im vorliegenden Konzept zwar bezüglich Koordination, Zusammenarbeit, übergeordnete Planung und gemeinsame Aufgaben sowie der Unabhängigkeit gegenüber der Schulleitung und der Lehrpersonen umgesetzt. Was die personelle Besetzung angeht, kommt diese Variante mit Ausnahme der Doppelbesetzung Sonnenberg/Wilacker und Zentrum/Kronenwiese der ursprünglich von der Schule geplanten Lösung eines eigenen Schulsozialarbeiters mit 60 %-Pensum pro Schulhaus gleich. Die Schulsozialarbeit darf nicht nur an den Finanzen aufgehängt werden, aber man darf diese aufgrund der angespannten Finanzlage nicht ausser acht lassen. Wir haben mit der Forderung nach einer Pool-Lösung die Forderung nach einer schlanken und flexiblen Variante gestellt. Am 2. September habe ich in meinem Votum gesagt: „Über den Stellenetat einer zentralen Lösung kann man selbstverständlich diskutieren.“ Genau das möchten wir nun tun: Wir möchten die Erhöhung zur Diskussion stellen. Für uns sind nämlich bei der Umsetzung die gleichen Aspekte wie der CVP-Fraktion zentral, die Farid Zeroual an der Septembersitzung auf den Punkt gebracht hat: „Es darf keine Überlappungen mit anderen Angeboten wie Samowar, PepperMind etc. gegeben. Schulsozialarbeit muss effizient und vielseitig organisiert sein.“ Das vorliegende Konzept weist aus unserer Sicht folgende Schwachstellen auf:

- Im Konzept fehlt eine Abgrenzung zu den Angeboten anderer Institutionen. Dies ist jedoch notwendig, um Doppelspurigkeiten zu vermeiden. Die Umschreibung „Zur Vernetzung und Schaffung von Synergien arbeiten die Schulsozialarbeiter/innen eng mit ... zusammen“ stellt keine konkrete Abgrenzung von Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten dar. Somit besteht die Gefahr von Überlappungen.
- Das Aufgabenprofil der Schulsozialarbeitenden ist zu umfassend und beinhaltet sehr viele administrative Aufgaben. Die Schulsozialarbeit muss sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren: Beratung von Schülerinnen und Schülern, Lehrpersonen und Eltern, Intervention bei Konflikten, persönlichen und sozialen Problemen sowie der Verbesserung des Schulklimas. Die nicht notwendigen übergeordneten Aufgaben sind auf ein Minimum zu beschränken. Das Stellenprofil im vorliegenden Konzept umfasst übergeordnete Aufgaben, die aus unserer Sicht nicht nötig und mit sehr viel Administration verbunden sind. Beispiele sind Führen einer Auswahl an Dokumentationen und Informationen zu spezifischen Themen und Angeboten für die Zielgruppen (d. h. wohl eine kleine Bibliothek einrichten), Mitarbeit in Arbeitsgruppen, Teilnahme an Konferenzen, regelmässige Intervision/Supervision, Planung von gemeinsamen Projekten in den Ferien. Wie wir gehört haben, zeigt die Arbeitszeiterfassung der Schulsozialarbeiter bereits jetzt eine teilweise sehr hohe administrative Belastung. Eine Priorisierung der Aufgaben ist daher zwingend nötig.

Aus diesen Gründen stellt die FDP-/EVP-Fraktion folgenden Antrag:

Die Erhöhung des Stellenplans der Schulpflege beträgt lediglich 1,0 Stellen.

Dies entspricht einer Reduktion der geplanten 3,5 Stellen Schulsozialarbeit um einen Viertel. Bei gleich bleibender Belastung mit administrativen Aufgaben entspricht dies einer Präsenz von drei anstatt vier Wochentagen in allen Schuleinheiten. Eine absolute Abdeckung an fünf Wochentagen ist auch mit dem vorliegenden Konzept nicht gewährleistet. Eine entsprechende Stellvertretung bei dringenden Vorfällen ist darum ohnehin zu gewährleisten. Möglich wäre auch der Einsatz von einem Schulsozialarbeiter in zwei Schuleinheiten mit z. B. gemeinsamen Angeboten in der Freizeit. Um die Präsenz vor Ort

zu steigern, müssen die administrativen Aufgaben minimiert werden. Ein Blick auf vergleichbare Parlamentsgemeinden zeigt, dass das vorliegende Konzept sehr hoch dotiert ist:

- Bülach: 16'052 Einwohner, 1,6 Stellen
- Illnau-Effretikon: 15'265 Einwohner, 1,6 Stellen
- Kloten: 17'148 Einwohner, 2,8 Stellen
- Schlieren: 13'753 Einwohner, 2,8 Stellen
- Uster: 30'614 Einwohner, 1,65 Stellen

Unser Antrag sieht mit einer Erhöhung um 1,0 Stellen einen totalen Stellenetat inkl. Leitungsfunktion 2,9 Stellen vor und ist im Vergleich zu gleich grossen Gemeinden am oberen Ende. Unser Antrag bietet eine gute Chance, die Schulsozialarbeit für alle Schuleinheiten gleichberechtigt und flexibel einzuführen, unter Beschränkung auf die absolut notwendigen Aufgaben und einen vertretbaren personellen Umfang. Mit unserem Antrag versuchen wir, den Willen des Gemeinderates aus der letzten Debatte umzusetzen: Schulsozialarbeit ja, aber in einem vertretbaren finanziellen Rahmen, der sich an den kantonalen Empfehlungen und vergleichbaren Gemeinden orientiert. Es ist ein Kompromiss, der die Anliegen aller Seiten berücksichtigt. An die Schulpflege, Lehrpersonen und Befürwortende: Der Kompromiss ist schnell und flexibel umsetzbar. An die Sparer: Der Kompromiss ist im Sinne eines umsichtigen Mitteleinsatzes finanziell vertretbar. An die Gegner von Schulsozialarbeit aus pädagogischen Gründen: Die Diskussion von weiteren Massnahmen zur Verbesserung des Schulklimas, wie z. B. dass die Ausgestaltung der Elternmitwirkung, die nicht nur wie bis anhin auf der Basis von Rechten, sondern auch vermehrt auf der Basis von Pflichten zu gestalten ist, wird mit Bestimmtheit bald geführt. Die Schulsozialarbeit ist ein Element einer Schul- und Erziehungspolitik, die wir endlich aktiv gestalten müssen. Wir danken der Schulpräsidentin für ihr Engagement im Bereich der Schulsozialarbeit und Ihnen für die Unterstützung für unseren Kompromiss.

Der Ratspräsident hält fest, dass es sich bei diesem Antrag der FDP-/EVP-Fraktion um einen Hauptantrag handelt und folglich mit dem Antrag der Schule zwei Hauptanträge vorliegen, die nebeneinander zur Abstimmung gebracht werden.

Renato Günthardt:

Vor kurzem haben wir uns über einen weiteren Antrag der Schulpflege betreffend Schulsozialarbeit unterhalten. Dabei haben wir uns ein Gesamtkonzept mit einer Poollösung gewünscht. Der Antrag wurde in diesem Sinne auch abgelehnt. Was liegt heute vor? Leider wurden unsere Anliegen nicht berücksichtigt. Die Schulpräsidentin hat die ihr genehmten Voten aus dem Rat und der RGPK aufgenommen und ein Konzept für eine flächendeckende Einführung der Schulsozialarbeit innert kürzester Zeit ausgearbeitet. Auf das Anliegen einer Poollösung ging man aber mit dem heute vorliegenden Antrag nicht ein. Und gerade diese Variante wäre für die SVP ein gangbarer Weg, denn man könnte mit wenig Stellen die Abdeckung von mehreren Schulhäusern erreichen. Was spricht dagegen, dass ein Schulsozialarbeiter für mehrere Schulhäuser zuständig ist? Man könnte fixe Zeiten vorgeben, wann er oder sie in welchem Schulhaus ist. Je nach Brennpunkt in einem Schulhaus könnten diese Zeiten flexibel angepasst werden. Diese kostensparende Variante wurde für uns zu wenig geprüft. Die Schulpflege hätte eine solche Versuchsphase starten und dann dem Gemeinderat nach einem Jahr berichten können, ob eine solche Poollösung positiv ist. Aber nein, wie üblich, versucht die Schule sofort mit der Luxus-

lösung ohne kostensparende Elemente Mehrausgaben auf die Adliswilerinnen und Adliswiler zu überwälzen. Hat die Schule den finanziellen Zustand der Stadt Adliswil überhaupt wahrgenommen? In verschiedenen Gemeinden ist ein Schulsozialarbeiter für zwei Schulhäuser zuständig. Weshalb ist das bei uns nicht möglich sein?

Ich bestreite nicht, dass ein gewisses Mass an Schulsozialarbeitenden teilweise präventiv wirksam ist. Einen totalen Ausbau erachte ich aber als wenig sinnvoll. Die Kinder sollen an der Schule nicht nur in Watte verpackt werden. Es ist auch wichtig, dass Kinder Grenzerfahrungen machen und Konsequenzen tragen müssen. So sieht es auch der bekannte Jugendpsychologe Alan Guggenbühl, wie jüngst in einer TV-Talksendung zu hören war. Zusammengefasst heisst das: Schulsozialarbeit ja, aber in der derzeitigen Lage von Adliswil darf sie nicht mehr kosten. Die Schulpflege soll die bisherigen Sozialarbeitenden so einsetzen, dass jedes Schulhaus bei Bedarf abgedeckt ist. Aus diesen Gründen bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen. Dies wird auch die SVP-Fraktion einstimmig tun.

Auch den Antrag der FDP-/EVP-Fraktion wird die SVP ablehnen, wir wollen keine flächendeckende Einführung mit einer Salami-taktik, zudem würden mit diesem Antrag Mehrkosten auf Adliswil zukommen und das Flickwerk bei der Schulsozialarbeit würde nicht behoben. Wir sagen nein, weil wir von der Schulpflege eine Poollösung verlangen. Es soll ein Versuch gestartet werden, mit den bestehenden Schulsozialarbeitenden alle Schulhäuser abzudecken. Von der Wahlplattform der Antrag stellenden Partei habe ich auszugsweise diesen Satz: "Auch vor der gänzlichen Streichung verzichtbarer Angebote darf nicht zurückgeschreckt werden. Linke Kreise bauen lieber aus - sie erweitern Angebote mit Geld, das nicht ihnen gehört. Adliswil muss aber zuerst sein strukturelles Haushaltsdefizit in den Griff bekommen." Genauso sehe ich das auch. Die Frage ist nur, ob man als Partei diese Haltung auch konsequent durchzieht. Ich frage mich, ob wir, angesichts der düsteren Prognosen im Finanzplan und der dramatischen Verschuldung im Vergleich mit anderen Gemeinden, wirklich so weit sind, dass wir unsere Sozialsysteme noch weiter ausbauen wollen. Aus der SVP-Fraktion lautet die Antwort klar nein.

Barbara Häberli:

An der Septembersitzung hat die RGPK und die Mehrzahl des Gemeinderates von der Schule ein nachhaltiges Konzept für Schulsozialarbeit gefordert. Heute liegt uns der geforderte Antrag über eine flächendeckende Einführung von Schulsozialarbeit vor. Die SP unterstützt nach wie vor das Anliegen der Schule, dass eine personelle und zeitlich kontinuierliche Präsenz eines Schulsozialarbeiters im Schulhaus unbedingt erforderlich ist, d. h. dass jedes Schulhaus seine eigene und persönliche Schulsozialarbeiterin braucht, dass Schulsozialarbeit in den entsprechenden Schulen integriert ist. Einer Poollösung können wir nach wie vor nicht zustimmen. Diese Lösung verhindert unseres Erachtens die angestrebte Qualität und einen optimalen Einsatz eines Schulsozialarbeiters. Die gewünschte Kontinuität und Aufbauarbeit kann mit einer Poollösung nicht erreicht werden. Auch eine Reduktion der Stellenprozente, wie dies die Fraktion der FDP/EVP fordert, ist für uns keine Option. Wir haben den Aufruf mit den gesammelten Unterschriften der Lehrerinnen und Lehrer für die Einführung der Schulsozialarbeit in Adliswil erhalten. Für mich ein Novum, dass sich die Lehrpersonen für einen Antrag der Schule in diesem Masse einsetzen. Nehmen Sie das Anliegen der Lehrpersonen ernst, sie wissen, was unsere Schule braucht, sie sind täglich damit konfrontiert. Geben Sie ihnen die Möglichkeit, sich wieder

vermehrt ihrer Hauptaufgabe - Unterricht erteilen - widmen zu können. Lehrpersonen, Schülerinnen und Schüler wie auch Eltern werden Ihnen danken.

Wie in der Gemeinderatssitzung im Juni 2006, im September 2009 und auch heute stimmt die SP-Fraktion dem Antrag der Schule zur Schulsozialarbeit zu. Ich bitte Sie, dem vorliegenden Antrag der Schule auch zuzustimmen.

Marion Hans:

Mit dem Antrag der FDP-/EVP-Fraktion haben wir eine neue Situation. Ich stelle den Antrag auf einen zehnminütigen Sitzungsunterbruch, damit sich die Fraktionen beraten können.

Beschluss

Die Sitzung wird für 10 Minuten unterbrochen:

Zustimmung.

Da keine weiteren Wortmeldungen gewünscht sind, erklärt der **Ratspräsident** nun das Vorgehen der Abstimmung:

Wie erwähnt, haben wir zwei Hauptanträge, die nebeneinander zur Abstimmung kommen. Das heisst, jedes Mitglied kann nur einem der beiden Anträge zustimmen. Über denjenigen Hauptantrag, der mehr Stimmen erhält, erfolgt die Schlussabstimmung, das heisst, Sie können dann den verbliebenen Antrag noch annehmen oder ablehnen.

Beschlüsse

Antrag der Schulpflege und Empfehlung des Stadtrates:

Der Stellenplan der Schulpflege wird für die flächendeckende Einführung von Schulsozialarbeit um 1,8 Stellen erhöht:

17 Ja-Stimmen.

Antrag von Peter Barmettler, FDP-/EVP-Fraktion:

Der Stellenplan der Schulpflege für die flächendeckende Einführung von Schulsozialarbeit ab 2010 wird um 1,0 Stellen erhöht:

8 Ja-Stimmen.

Da der Antrag der Schulpflege mehr Stimmen erhalten hat, gelangt dieser zur Schlussabstimmung:

Der Stellenplan der Schulpflege wird für die flächendeckende Einführung von Schulsozialarbeit um 1,8 Stellen erhöht:

Abstimmungsergebnis: 17 : 17 Stimmen.

Bei Stimmengleichheit entscheidet der „Stichentscheid“ des Ratspräsidenten. Da der Ratspräsident „nein“ gestimmt, ist der Antrag abgelehnt.

3. Finanzplan 2009 - 2013 (SRB 262/09)

Aussprache und Kenntnisnahme

Eintretensdebatte

Susy Senn, Präsidentin der RGPK:

Gemäss Gemeindegesetz ist der Stadtrat verpflichtet, für die Beurteilung der Entwicklung des Gemeindehaushaltes entsprechende Angaben zusammenzustellen. Diese Vorgaben werden mit dem Finanzplan im Rahmen einer rollenden 5-Jahresplanung erfüllt. Dabei dient dem Stadtrat der Finanzplan als Führungs- und Informationsinstrument. Der Gemeinderat nimmt diesen nur zur Kenntnis. Er zeigt aber, was uns in den nächsten Jahren erwartet. Er präsentiert uns Prognosen im Finanzbereich und geplante Investitionen im Steuer wie im Gebühren finanzierten Haushalt. Insbesondere gibt er auch Aufschluss darüber, welche Prioritäten der Stadtrat den einzelnen Investitionen beimisst.

Die Prognose über die Entwicklungen der zentralen Finanzkennzahlen in den drei Rechnungsteilen Laufende Rechnung, Investitionsrechnung und Bilanz dienen auch der Beurteilung des Budgets. Schon in den beiden Vorjahren hat die RGPK zusammengefasst gesagt, dass die Finanzlage der Stadt Adliswil eng sei. Der vorliegende Finanzplan zeigt keine wesentliche Verbesserung - die Finanzlage bleibt weiterhin eng, jede andere Auslegung ist Augenwischerei. Trotzdem gibt es auch positive Entwicklungen. Nach fünf Jahren rückläufiger Steuerkraft hat 2007 eine Erholung eingesetzt, die sich 2008 noch akzentuiert hat. Dank hohen Erträgen aus dem Nachbezug von Steuern früherer Perioden stieg die relative Steuerkraft um nicht weniger als 18 % auf 3'046 Franken pro Einwohner an, was aber immer noch 11 % unter dem Kantonsmittel von 3'418 Franken ist. Im 2009 zeichnet sich noch einmal eine Verbesserung der Steuererträge um rund 11 % ab. Aufgrund der derzeitigen Wirtschaftskrise, die üblicherweise mit einer Verzögerung von etwa zwei Jahren auf die Steuerentwicklung durchschlägt, wird ab 2011 aber ein Einbruch der Steuererträge von rund 6 % erwartet. Mit der Reform des Finanzausgleichs kommt Adliswil jedoch voraussichtlich in den Genuss von Zuschüssen aus dem Ressourcenausgleich in der Grössenordnung von 3 - 5 Mio. Franken. Der Stadtrat rechnet im 2010 nochmals mit mehr Steuereinnahmen, einerseits durch Steuerauscheidungen bei juristischen Personen, und andererseits durch Neuzuzüger in den neuen Entwicklungsgebieten Lebern-Dietlimoos und Grüt. Aufwandseitig ist eine Stagnation des Laufenden Aufwands festzustellen. So hat insbesondere der finanziell bedeutende Nettoaufwand im Sozialbereich stagniert. Aufgrund der Auswirkungen der Wirtschaftskrise wird sich dieser Trend jedoch nicht fortsetzen, sondern wie bereits im Budget 2010 vorgesehen wieder wenden. Für die gesamte Planperiode 2009 - 2013 werden nur noch Cashflows von 19 Mio. Franken prognostiziert. Werden nicht weitere Anstrengungen auf der Aufwandseite unternommen, ist deshalb weiterhin nicht mit einer ausgeglichenen Finanzlage zu rechnen.

Investitionen

In der Planperiode 2009 - 2013 sind im steuerfinanzierten Haushalt Nettoinvestitionen der Prioritäten Nachhol- und Entwicklungsbedarf von insgesamt 41 Mio. Franken geplant. Dies ist etwas weniger als in den letzten fünf Jahren. Zusammen mit den Investitionen der gebührenfinanzierten Betriebe liegt das durchschnittliche Investitionsvolumen pro Kopf der Bevölkerung jedoch nach wie vor über dem Kantonsmittel. Der Nachhol-

bedarf bei den Investitionen ist gross, ein Grossteil der laufenden Investitionen wird fremdfinanziert werden müssen. Von den geplanten 41 Mio. Franken durch steuerfinanzierte Investitionen sind rund 32 Mio. Franken Nachholbedarf. Ein Grossteil des Nachholbedarfs fällt auf die Schulliegenschaften und Strassenbauvorhaben. Weiterhin ist auf Wunschvorhaben wie z. B. den „Sihlufertweg“ zu verzichten.

Im steuerfinanzierten Haushalt ist fürs 2009 dank Buchgewinnen noch mit einem Selbstfinanzierungsgrad von 113 % gerechnet worden. In der Planperiode aber reicht der erwartete Cashflow bei weitem nicht, um die Investitionen zu finanzieren. Der Stadtrat hält weiterhin an einem sehr tiefen und nach Meinung der RGPK zu tiefen Selbstfinanzierungsgrad von durchschnittlich 50 % fest. Das bedeutet, dass die Verschuldung ab 2010 wieder zunehmen wird. Per Ende 2013 wird eine Nettoschuld des Gesamthaushalts von 66 Mio. Franken prognostiziert. Mit rund 3'500 Franken pro Einwohner ist dies eine sehr hohe Verschuldung. Der Stadtrat wird sich dringend betreffend Prioritätensetzung Gedanken machen müssen, insbesondere, wenn das Zinsniveau wieder ansteigt.

Bei den Investitionen der gebührenfinanzierten Betriebe sieht es nicht besser aus. Hier sind fast 36 Mio. Franken geplant. Diese Investitionen können voraussichtlich nur etwa zur Hälfte aus laufend erwirtschafteten Cashflows finanziert werden. Durchschnittlich wird auch hier mit einem Selbstfinanzierungsgrad von nur 50 % gerechnet, was unverantwortlich ist. Ist letztes Jahr bei den geplanten Investitionen für die Alterssiedlung im Tal mit einem Selbstfinanzierungsgrad von 24 % gerechnet worden, sind es jetzt noch 8 %. Der ab 2012 prognostizierte ungenügende Kostendeckungsgrad wird durch Mietzinserhöhungen korrigiert werden müssen. Zur Deckung des zu erwartenden Finanzierungsdefizits von rund 18 Mio. Franken müssen neue Kredite beansprucht werden, was zu höheren Kreditzinsen und damit zwangsläufig zu höheren Gebühren führen muss.

Auch wenn der Stadtrat mit der Reduktion des Nettoaufwandes in der laufenden Rechnung auf dem richtigen Weg ist, ist die Finanzlage der Stadt Adliswil - wie erwähnt - weiterhin sehr eng. Es wird jährlich immer noch mehr Geld in der laufenden Rechnung ausgegeben als eingenommen, auch wenn der Stadtrat das strukturelle Defizit weiter reduzieren konnte und mittelfristig eine ausgeglichene Rechnung anstrebt. Der Stadtrat ist mit der Entwicklung der laufenden Rechnung im Finanzplan auf dem richtigen Weg. Gelöst ist aber im Speziellen das Problem der Finanzierung der anstehenden Investitionen nicht. Und immer noch sind die Ausgaben pro Einwohner im Vergleich mit anderen Gemeinden im Kanton überdurchschnittlich hoch und die Nettoverschuldung pro Einwohner noch höher als in der ebenfalls schlecht stehenden Stadt Opfikon. Um die Finanzlage in den Griff zu bekommen, sind die Aufwendungen in allen Bereichen in der Planperiode weiter zu reduzieren. Der Stadtrat rechnet in der Planperiode mit gleichbleibendem Steuerfuss und weitgehend ohne ausserordentliche Einnahmen, was die RGPK begrüsst. Unterstützen wir den Stadtrat in einer haushälterischen Finanzpolitik und halten wir es wie die Mehrheit unserer Bürger: Investieren wir in finanzknappen Zeiten dort, wo es unbedingt nötig ist und leisten wir uns Wünschbares, wenn es uns gut geht.

Stadtrat Walter Müller:

Der Finanzplan 2009 - 2013 ist ein Führungs- und Steuerungsinstrument des Stadtrates. Er zeigt noch nicht den gewünschten dauerhaften Trend, um auf längere Zeit schwarze Zahlen schreiben zu können. Doch wenn wir zurück schauen, stellen wir fest, dass seit 2006 eine klare Trendwende in der Finanzpolitik erfolgt ist. Die Grafik auf Seite 5 zeigt, dass die Abwärtsbewegung beim Nettovermögen gestoppt werden konnte. Dies ist nicht

einfach so zustande gekommen. Dafür müssen wir längere Zeit am gleichen Strick ziehen, und ich glaube, das ist in Adliswil der Fall. Was macht ein guter Finanzplan aus? Das sind sicher eine realistische Budgetierung der Steuereinnahmen, eine stabile Steuereinkommenspolitik, ausgeglichene, realisierbare Investitionen und ein Selbstfinanzierungsgrad von mindestens 50 %. Bei all diesen Zahlen sind wir m. E. auf dem richtigen Weg, aber es müssen selbstverständlich noch weitere Maßnahmen folgen. Diese Werte sind für den Stadtrat ganz wichtig, und sie zeigen auch der Bevölkerung von Adliswil, dass wir mit den Steuergeldern haushälterisch umgehen. In diesem Sinne hoffe ich weiterhin auf die Unterstützung des Gemeinderates.

Detailberatung

Renato Günthardt, S. 8: Im Zusammenhang mit dem im Finanzplan eingestellten Posten "Gebietsentwicklung Lebern Dietlimoos" habe ich folgende Fragen:

- Ist die Anstellung eines sogenannten Coachs für die Neuzuzüger im Gebiet Lebern-Dietlimoos geplant?
- Wenn ja, per wann soll die Anstellung erfolgen und welche Aufgaben sind für ihn vorgesehen?
- Was geschieht mit der Stelle, wenn die Neuzuzüger integriert sind?
- Welchen Nutzen sieht der Stadtrat durch die Schaffung einer solchen Stelle und weshalb haben die anderen 16'000 Einwohner einen solchen Coach nicht nötig?

Ich halte fest, dass die SVP einer allfälligen Schaffung einer solchen Stelle sehr kritisch gegenüber steht.

Stadtpräsident Harald Huber: Ich wäre froh, solche Fragen vor der Sitzung zu erhalten; ich werde diese Fragen gerne an der nächsten Sitzung beantworten.

Fredi Morf, S. 16, Konto 060.5060.01, Anschaffungen/Ergänzungen Büromobiliar für neues Verwaltungsgebäude Zürichstrasse 12: Ist der eingestellte Betrag mit dem Umzug in Zusammenhang zu bringen? Wir haben doch dafür ein Kostendach von 1,5 Mio. Franken.

Stadtrat Walter Müller: Ja, der Betrag steht im Zusammenhang mit dem Umzug. Es ist richtig, dass wir für die Umbau- und Umzugsarbeiten ein Kostendach von 1,5 Mio. Franken haben. Es hat sich aber gezeigt, dass gewisses Mobiliar zusätzlich angeschafft werden muss. Das war ursprünglich im Kredit so nicht enthalten. Es ist im Moment eine Vorsichtsmassnahme, vielleicht brauchen wir diesen Betrag aber nicht.

Fredi Morf, S. 17, Konto 061.5060.22, Netzwerkkomponenten Zürichstrasse 12: Hängt dieser Betrag auch mit dem Umzug zusammen und geht er auch nicht unter das Kostendach?

Stadtrat Walter Müller: Ja.

Somit hat der Gemeinderat den Finanzplan 2009 – 2013 zur Kenntnis genommen.

4. Budget 2010 (SRB 263/09)

Anträge des Stadtrates auf Genehmigung des ordentlichen Budgets und der Globalbudgets 2010, des Gemeindesteuerfusses sowie des Stellenplanes

Dieses Traktandum gilt auch als allgemeine Fragestunde.

Eintretensdebatte

Susy Senn, Präsidentin der RGPK:

Das Budget 2010 liegt zum ersten Mal vollständig in Form von Globalbudgets vor. Alle Abteilungen der Stadtverwaltung werden jetzt mit Globalbudgets geführt. Damit beginnt für den Gemeinderat eine neue Zeit. Der Gesamtgemeinderat hat zum zweiten Mal kein Detailbudget mehr nach Konten erhalten. Die Darstellung des Budgets 2010 ist so aufgebaut, dass Leistungen und Kosten miteinander verknüpft sind. Nebst diversen Übersichten in verschiedenen Detaillierungsgraden über den Finanzhaushalt werden die Bereiche mit Globalbudget mit Zielen, Indikatoren und einem aufgeschlüsselten Finanzteil dargestellt. Hat sich diese Art der Budgetierung einmal etabliert und sind weitere Jahresvergleichszahlen vorhanden, ist sie sicher ein wertvolles Instrument für den Gemeinderat, besonders auch, da die Kosten-/Leistungsrechnung bessere Vergleiche mit anderen Gemeinden erlaubt. Zum ersten Mal sind die Leistungen der internen Dienstleistungsbereiche nach dem Prinzip der Vollkostenrechnung allen Abteilungen verrechnet worden. Die RGPK dankt dem Stadtrat für die rasche Realisierung der Vollkostenrechnung - ein Schritt mehr zu Transparenz und Kostenwahrheit. Die RGPK hat für ihre Arbeit zusätzlich auch die Einzelkonti der Finanzbuchhaltung erhalten. Um die Prüfung gesetzeskonform vornehmen zu können, ist dies erforderlich. Die Überführung von den Budgetzahlen der Finanzbuchhaltung in die Betriebskostenrechnung ist nicht einfach nachzuvollziehen und es sind zusätzliche Unterlagen benötigt worden. Wir bedanken uns bei Stadtrat Walter Müller und dem Leiter Ressort Finanzen, Rocco Rotonda, für ihre Bereitschaft, die nötige Transparenz durch zusätzliche Unterlagen und Erklärungen geschaffen zu haben.

Als Vorbereitung für die Budgetprüfung haben die RGPK- und ein Teil der Sachkommissionsmitglieder im September eine Weiterbildung zum Thema Überprüfung von Globalbudgets besucht. Auch stellt das Gemeindeamt neu ein Handbuch für Prüfungskommissionen zu Budget und Rechnung zur Verfügung. Allerdings ist es erst seit zirka Mitte November und nur in Teilen erhältlich. Im Weiteren haben die Sachkommissions- und RGPK-Präsidien in Zusammenarbeit mit der Ratssekretärin ein Ablaufschema für die jeweiligen Prüfungskommissionen erstellt, um die Prüfungsarbeiten abzugrenzen.

Das Budget in der vorliegenden Form wird noch überarbeitet und in der Gestaltung verbessert werden müssen. Störend sind falsche Formeln in den Exceltabellen und die uneinheitliche Darstellung der einzelnen Budgetbereiche. Es fehlt die Koordination der vielfältigen Informationen in eine einheitliche Form. Das Glossar muss zwingend alle Begriffe erklären. Es fehlt z. B. der Begriff „Gemeinkosten“. Auch bei der Wahl der Produkte muss der Stadtrat nochmals über die Bücher. Es kann nicht sein, dass ein Globalbudgetbereich aus über 90 % Gemeinkosten besteht, wie z. B. die Bildung. Der grösste Teil der Kosten eines Globalbudgetbereichs muss direkt einem Produkt zugeordnet werden können. In Zukunft erwarten wir eine selbsterklärende Darstellung, die möglichst viele

Informationen enthält. Die RGPK wird sich im Januar mit dem Thema beschäftigen und danach dem Stadtrat Verbesserungsvorschläge vorlegen.

Die RGPK hat im Rahmen ihrer Schwerpunktarbeit dieses Jahr und zur Vorbereitung der Rechnungsprüfung im Frühjahr nach dem Stand betreffend eines Internen Kontrollsystems (IKS) in der Arbeit der Stadtverwaltung geforscht. Die RGPK sieht im IKS, das in der Privatwirtschaft weitgehend etabliert, für Gemeindeverwaltungen jedoch noch freiwillig ist, ein weiteres Kontroll- und Steuerungselement für den Stadtrat, besonders auch zur Erkennung von Risiken. Die Einführung eines IKS wird vom Stadtrat dort vorgenommen, wo er es für sinnvoll hält. Eingeführt ist das IKS bereits bei den Staatsbeiträgen, Löhnen und Krediten. Im 2010 soll der Bereich Steuern dazu kommen. Die RGPK ermuntert den Stadtrat unbedingt - nach Vorliegen von entsprechenden Vorlagen beim Amt für Gemeinden - ein umfangreiches IKS einzuführen.

Das Gesamtbudget 2010 weist bei einem Aufwand von CHF 132'565'000.-- und einem Ertrag von CHF 131'368'000.-- einen Aufwandüberschuss von CHF 1'197'000.-- auf, der dem Eigenkapital entnommen werden soll. Das Eigenkapital Ende 2010 der Stadt Adliswil wäre dann noch bei knapp 29 Mio. Franken, was in etwa dem Stand von 2004 entspricht. Das heisst aber auch, dass der Stadtrat damit rechnet, dass die Rechnung 2009 um 5 Mio. Franken besser abschliessen wird als budgetiert.

Generell sind die Sparbemühungen des Stadtrates im Budget 2010 ersichtlich. So konnte das strukturelle Defizit von 15,133 Mio. im Jahre 2006 um rund 79 % reduziert oder gegenüber dem Vorjahr von 2,288 Mio. Franken auf 1.197 Mio. Franken beinahe halbiert werden. Die RGPK hat bei ihrer Prüfungsarbeit speziell die Veränderungen gegenüber dem Budget 2009 hinterfragt. Teilweise hat die Verrechnung der internen Dienstleistungen nach dem Prinzip der Vollkostenrechnung zu wesentlichen Kostenverschiebungen unter den Ressorts und zu Veränderungen der Nettokosten der einzelnen Produktgruppen geführt. Eine Aufwanderhöhung von 0,4 Mio. Franken wird u. a. bei den Beiträgen an Spitäler erwartet. Für den Bereich Sozialhilfe wird mit einer Aufwandsteigerung von 0,7 Mio. Franken aufgrund der rückläufigen Wirtschaftsentwicklung gerechnet. Die prognostizierten Steuereinnahmen von 62,2 Mio. Franken werden um 2,4 Mio. höher budgetiert als im Jahre 2009. Gegenüber der Rechnung 2008 sollen die Steuereinnahmen sogar rund 5,8 Mio. höher ausfallen. Im Jahre 2010 wird erwartet, dass die Steuerkraft pro Einwohner von 3'300 auf 3'200 Franken sinken wird, obwohl erwartet wird, dass die neuen Entwicklungsgebiete zahlungskräftige Steuerzahlende nach Adliswil bringen. Die RGPK glaubt, dass der Stadtrat die zu erwartenden Gemeindesteuern vorsichtig budgetiert hat. Aufgrund der jahrelangen zu optimistischen Budgetierung von Steuereinnahmen und der damit verbundenen sorglosen Ausgabenpolitik begrüsst die RGPK die Zurückhaltung des Stadtrates bei der Budgetierung der Einnahmen.

Die RGPK hat im Rahmen der Prüfung des Budgets 2010 viele Fragen an die Ressorts gestellt, die detailliert und zur Zufriedenheit der RGPK beantwortet wurden. Dabei dankt die RGPK einmal mehr dem Stadtrat und der Verwaltung für die kompetente und Beantwortung aller Fragen. Wir bedanken uns ganz speziell bei den Angestellten der Stadtverwaltung für ihre Arbeit im Dienste der Adliswiler Bevölkerung.

Zur Investitionsrechnung:

Im Jahr 2010 sind Investitionen im Verwaltungsvermögen von knapp 15,8 Mio. Franken geplant. 8,6 Mio. davon sind steuerfinanziert, 7,2 Mio. gebührenfinanziert. Die grössten Investitionsvorhaben betreffen diverse Leitungen im Wasser- und Abwasserbereich, die

der Substanzerhaltung und Verbesserung der Infrastruktur dienen, die Sanierung der ARA, Investitionsbeiträge an Spitäler, diverse Vorhaben im Bereich der Schule, u. a. Projektierungskredite für den Erweiterungsbau des Schulhauses Kopfholz und eines Schulhausneubaus im Gebiet Lebern-Dietlimoos sowie den Innenausbau des Verwaltungsgebäudes. Im Zusammenhang mit Letzterem ist in der RGPK eine längere Diskussion entstanden. Der Innenausbau des Verwaltungsgebäudes ist im März dieses Jahres vom Gemeinderat und im Mai vom Volk mit einem Kostendach von 1,5 Mio. Franken gutgeheissen worden. Der Stadtrat hat die Einhaltung des Kostendachs inkl. Umzug der Stadtverwaltung versprochen. Jetzt beinhalten die Investitionen zusätzlich zu den 1,5 Mio. zweimal 50'000 Franken für die Ergänzung von Büromobiliar und Netzwerkkomponenten für die Zürichstrasse 12. Die RGPK ist der Meinung, dass der Stadtrat sich hier in einer Grauzone bewegt und legt ihm nahe, beide Kredite, die zwar von der Höhe her in seiner Kompetenz liegen, nicht auszuschöpfen, respektive das Kostendach von 1,5 Mio. Franken unbedingt einzuhalten. Der Selbstfinanzierungsgrad der Investitionen liegt bei knapp 50 %, was wie bereits erwähnt, am unteren Rand der Bandbreite der Vorgaben des Stadtrates liegt, jedoch klar ungenügend ist. Am Rande sei hierzu noch bemerkt, dass im Zusammenhang mit der Gestaltung des Budgets unbedingt auch auf die Genauigkeit der Aussagen geachtet werden muss. Aussagen wie „Der Stadtrat strebt in seiner langfristigen politischen Zielsetzung einen Selbstfinanzierungsgrad von jedenfalls 50 %, idealerweise 100 % an. Der Selbstfinanzierungsgrad 2010 liegt in dieser Bandbreite.“ entsprechen nicht der Wahrheit. Denn die ausgewiesenen 49 % liegen – wenn auch knapp – nicht in der Bandbreite von 50 - 100 %.

Zusammengefasst kann gesagt werden: Dank höheren Steuereinnahmen einerseits und Sparsbemühungen andererseits weist das Budget einen tragbaren Aufwandüberschuss auf, womit das Eigenkapital geringfügig vermindert wird. Durch den tiefen Selbstfinanzierungsgrad der Investitionen werden jedoch die Schulden erhöht, was zwangsläufig zu höheren Schuldzinsen führt. Deshalb sind weitere Einsparungen unumgänglich, auch um mittel- bis langfristig eine ausgeglichene Rechnung zu erhalten.

Der Stellenplan 2010 sieht gegenüber dem Stellenplan 2009 eine Stellenerhöhung von 3,3 Stellen vor. Folgende Änderungen beantragt der Stadtrat:

1. Soziales: 0,3 Stellen neutrale Verschiebung aus Kompetenz der Sozialkommission; 0,2 Stellen in der Abteilung Vormundschaftswesen, hierzu wird noch ein separater Antrag gestellt werden
2. Alterssiedlung: -0,3 neutrale Verschiebung in die Kompetenz des Stadtrates
3. Schule: Da vorhin der Antrag der Schule abgelehnt wurde, entfallen die 1,8 Stellen für Schulsozialarbeit; es bleiben noch 0,2 Stellen für Reinigung als kostenneutrale Umwandlung Stundenlohn in Festanstellung; 1,1 Stellen Logopädie als kostenneutrale Verschiebung aus dem Unterrichtsbereich

Die RGPK empfiehlt grossmehrheitlich, das Budget 2010 zu genehmigen und den budgetierten Aufwandüberschuss von 1,197 Mio. Franken dem Eigenkapital zu belasten. Sie empfiehlt einstimmig, dem Stellenplan sowie dem Steuerfuss von 110 % zuzustimmen.

Ruedi Stieger, Präsident Sachkommission 1:

Die Sachkommission 1 hat die Budgets bearbeitet und bedankt sich herzlich für die freundliche und bereitwillige Zusammenarbeit mit den Mitarbeitenden von diesen Produktgruppen. Im letzten Stadtbrief vom Stadtpräsidenten findet man zum Global-

Budget 2010 u. a. folgendes: „Dabei werden die Leistungen direkt mit den entsprechenden Kosten in Verbindung gebracht, was die Transparenz für die Führung und in der staatlichen Leistungserbringung erhöht.“ Um dieses Ziel zu erreichen, muss unseres Erachtens z. B. an den grünen Seiten vom Budget noch hart gearbeitet werden. Wir erwarten eine ausführlichere Beschreibung von den Tätigkeitsgebieten der Produktgruppen, eine vollständigere und sinnreichere Erfassung von den Leistungen mit Zielen/Indikatoren, aussagekräftigere Kommentare, auch zu allen grösseren Änderungen, bessere Transparenz bei den Gemeinkosten, etc. Wir finden: Eigentlich sollte ein interessierter Leser eines Globalbudget ohne Nachfragen nachvollziehen können, was Sache ist. Trotzdem sind wir zum Schluss gekommen, Ihnen einstimmig die Zustimmung zu den Globalbudgets 2010 von den Produktgruppen „Behörden und Kultur“, „Einwohnerkontakte“ und „Soziale Aufgaben“ zu empfehlen. Zu den einzelnen Produktgruppen:

Behörden, Kultur

Die Kultur bewegt sich im gleichen Rahmen wie im Vorjahr: Adliswil unterstützt die Kultur mit Fr. 400'000.--, nach Meinung der Sachkommission für Sinnvolles.

Das Produkt „Behörden“, kostenmässig der Löwenanteil der 2,2 Mio. Franken Bruttokosten dieser Produktgruppe, ist mit Zielen und Indikatoren sehr global erfasst. Ein Kommentar zu den prozentual teilweise sehr grossen Änderungen bei einzelnen Posten wäre sehr erwünscht gewesen, auch wenn die betroffenen Beträge nicht so ins Gewicht fallen.

Einwohnerkontakte

Die Produktgruppe „Einwohnerkontakte“ umfasst die Abteilungen Einwohnerwesen und Zivilstandswesen. Im Kommentar begründete Änderungen im Leistungsspektrum führen zu einer 5 %-igen Zunahme der Kosten bei einer 15 %-igen Abnahme der Erlöse. Das führt leider zu einer Zunahme von Fr. 185'000.-- der Nettokosten bzw. einem Absinken vom Kostendeckungsgrad von 70 auf 58 % - für eine Produktgruppe, die wesentlich gesetzliche Aufträge zu erfüllen hat, noch akzeptabel.

Soziale Aufgaben

Diese neue Produktgruppe umfasst jetzt alle sozialen Aufgaben. Auf nur fünf Seiten wird ein Ressort mit Bruttokosten von 32 Mio. Franken bzw. Nettokosten von 16 Mio. Franken knapp beschrieben. Die Sachkommission hat in einem guten Gespräch stichprobenartig einzelne Posten hinterfragt und auch nachvollziehen können. Die Nettokosten nehmen um 1,5 Mio. Franken zu. Davon sind 0,9 Mio. Franken im Kommentar plausibel begründet. Es handelt sich im Wesentlichen um die erwartete Kostenzunahme für die Sozialhilfe, verursacht durch die schlechte Wirtschaftslage. Der Rest ist offenbar durch Änderungen von internen Kostenverschiebungen gegeben.

Nicole Kappeler, Präsidentin Sachkommission 2:

Die Sachkommission 2 hat sich mit dem Budget 2010 der Produktgruppen Raumplanung, Verkehr, Versorgung und Landschaft ausführlich befasst. Erstmals wurde uns das Budget in neuer Form vorgelegt. Die Prüfung stellte sich anfänglich als schwierig dar und es haben sich uns etliche Verständnisfragen gestellt, welche wir mit dem zuständigen Stadtrat und den verantwortlichen Ressortvorstehern zu unserer vollen Zufriedenheit klären konnten. Wir bedanken uns hiermit herzlich für die sehr informative und aufschlussreiche Sitzung. Es war sehr interessant zu hören, welche Arbeiten in den einzelnen Bereichen geleistet und welche Ziele fürs kommende Jahr in Betracht gezogen werden. Sehr positiv stimmen uns die zunehmenden Vernetzungen und die Ressort übergreifen-

den Synergienutzungen. Durch einen Besuch im Ressort Unterhalt Tiefbau konnten wir uns zusätzlich ein Bild verschaffen, was alles hinter den Indikatoren, Zielen und finanziellen Vorgaben steckt. Allen Beteiligten ein herzliches Dankeschön.

Grundsätzlich erachten wir das Erscheinungsbild des Budgets 2010 als kurz gehalten und übersichtlich gegliedert. Mit den Detailangaben hatten wir unsere Mühe, da nicht mehr klar ersichtlich ist, was unter den einzelnen Punkten zusammengefasst wurde. Teilweise werden in den verschiedenen Ressorts die gleichen Begriffe für verschiedene Inhalte genutzt, was verwirrend ist. Die Indikatoren 2010 wurden - wie an der Gemeinderatssitzung verabschiedet - mehrheitlich eingesetzt. Abänderungen gab es im Ressort Raumplanung, diese sind jedoch fürs Budget 2010 positiv zu werten und im Sinne einer realistischen Planung und Kostenreduktion. Für sämtliche Ressorts geltend weisen wir darauf hin, dass die Indikatoren und Ziele grundsätzlich realistisch und sinnvoll sind. Zu denken geben uns die Rückstellungen aus Kostengründen im Ressort Unterhalt Tiefbau. Die anfallenden Arbeiten werden unsere Finanzen in Zukunft noch erheblich belasten.

Zusammenfassend sind wir mit der geleisteten Arbeit und dem Budget 2010 zufrieden und können unsere Zustimmung zu den Produktgruppen Raumplanung, Verkehr, Versorgung und Landschaft geben. Die Sachkommission 2 erachtet das Budget 2010 mit den gesetzten Zielen und Indikatoren als realistisch und ist zuversichtlich, dass mit diesen Vorgaben eine optimale Leistung für die Stadt Adliswil erbracht und dem anhaltenden Sparwillen entsprochen werden kann, ohne gravierende Einbussen der Lebensqualität in Kauf nehmen zu müssen. Die Sachkommission 2 empfiehlt dem Gemeinderat die Annahme des Budgets 2010 für die Bereiche Raumplanung, Verkehr, Versorgung und Landschaft.

Hans-Peter Nyffeler, Präsident Sachkommission 3:

Die Sachkommission 3 hat erstmals die Globalbudgets der vier Produktgruppen "Sicherheit", "Gesundheit, Umwelt", "Jugend, Freizeit, Sport" und "Bildung" geprüft. Bei allen konnten wir feststellen, dass die Ziele und Indikatoren 2010 korrekt ins Globalbudget 2010 übernommen wurden. Die Nettokosten der einzelnen Produkte sowie das Total der Produktgruppe wurden mit dem Vorjahr verglichen. Wo es Abweichungen gab, wurden diese begründet. Bei den Kosten- und Erlösgruppen innerhalb der Nettokosten der Produkte, d. h. unter den Zusatzinformationen zur Produktgruppe, konnte der Vergleich mit dem Vorjahr nicht durchgeführt werden, da fürs 2010 eine Umlagerung der Betriebsbuchhaltung vorgenommen wurde, diese jedoch wegen krankheitsbedingten Absenzen in der Verwaltung nicht endgültig ausgeführt werden konnte. Deshalb wurde bei verschiedenen Ressorts zu viel unter "Gemeinkosten" verbucht, so im Ressort Sicherheit 60 %, im Ressort Jugend, Freizeit, Sport 54 % und im Ressort Bildung 91 %. Der Controller Silvan Müller hat versichert, dass dies verbessert wird. Die Kommissionsmitglieder hat geärgert, dass die verantwortlichen Ressortleiter über die Änderungen nicht im Detail informiert wurden und uns in dieser Hinsicht keine richtigen Antworten geben konnten. Wir fragen uns: Wie sollen die Leute in der Verwaltung sparen, wenn sie nicht verstehen resp. erklären können, wo und für was Geld ausgegeben wird? In Zukunft muss dies unbedingt verbessert werden. Der Finanzchef oder der Controller müssen die Ressortverantwortlichen über Neuerungen informieren und diese an einigen Beispielen erklären. Zudem empfehlen wir, bei solch grossen Änderungen auch die RGPK und die Sachkommission im Voraus zu informieren. Ausser diesem Nichtwissen haben wir von allen

Ressorts einen sehr guten Eindruck erhalten, und alle weiteren Fragen konnten zu unserer vollsten Zufriedenheit beantwortet werden. Den verantwortlichen Teams sprechen wir für die loyalen und offenen Informationen unseren besten Dank aus.

Zu den einzelnen Produktgruppen:

Bei der Produktgruppe "Sicherheit" beträgt das Globalbudget 2010 Fr. 2'019'300.--, d. h. plus 0,2 %, in Fr. 3'500.-- mehr als im Budget 2009. Beim Indikator "Anteil der Brutto-Arbeitszeit im Aussendienst" sollte man nach der Konsultation der Rechnung 2009 bei den Zielen und Indikatoren eine Erhöhung vornehmen.

Bei der Produktgruppe "Gesundheit, Umwelt" beträgt das Globalbudget 2010 Fr. 6'591'800.--, d. h. plus 8,1%, in Fr. 493'500.-- mehr als im Budget 2009. Grund: Wiederum höhere Beiträge an die Vertragsspitäler gemäss den Budgets der Stadt Zürich und dem Gesundheitszentrum Sanitas.

Bei der Produktgruppe "Jugend, Freizeit, Sport" beträgt das Globalbudget 2010 Fr. 2'892'078.--, d. h. plus 4,1 %, in Fr. 12'923.-- mehr als das Budget 2009. Der Sachaufwand in der Produktgruppe bleibt gleich. Die Veränderung des Nettoaufwands ist durch die neue Verrechnung der internen Dienstleistungsbereiche (Personal, Organisation, Finanzen, Führungsunterstützung) bedingt. Diese Kosten wirken sich insbesondere auf das Produkt „Jugend“ und auf das Produkt „Sport“ aus. Im Stellenplan werden die 14 Sollstellen gezeigt, in der Kostenübersicht fehlt die Position Personal.

Die Kommission stellt fest, dass bei allen Produkten die Qualitätssicherung fehlt, z. B. vermehrte Kundenumfragen oder Anzahl Reklamationen. Dies wären gute Möglichkeiten beim Hallen- und Freibad oder bei der Bibliothek. Bei den Zielen und Indikatoren 2011 sollte dies berücksichtigt werden. Bei der Produktgruppe "Bildung" haben wir noch keine Vergleichszahlen, die Ziele und Indikatoren wurden erstmals festgelegt.

Wir beantragen einstimmig die Globalbudgets 2010 in den Produktgruppen "Sicherheit", "Gesundheit, Umwelt", "Jugend, Freizeit, Sport" und "Bildung" zur Genehmigung.

Stadtrat Walter Müller:

Das Budget 2010 erscheint erstmals gesamthaft als Globalbudget. Die Umstellung war sowohl für die Verwaltung als auch für den Stadtrat und bestimmt auch für Sie ein grosser Mehraufwand. Ja, die vorliegende Form muss noch verbessert werden, wir werden daran arbeiten. Die internen Verrechnungen sind ab diesem Budget zu 100 % umgesetzt. Wir sprechen also jetzt von einer Vollkostenrechnung, die Kosten und Leistungen transparent darlegt. Mit einem Defizit von rund 1,2 Mio. Franken ist der Stadtrat auf Kurs. Noch im vergangenen Jahr lag der gleiche Wert vor ausserordentlichen Erträgen bei 4,2 Mio. Franken. Im Jahr 2010 fallen keine ausserordentlichen Erträge an, und somit müssen wir das erste Mal mit den ordentlichen Steuereinnahmen auskommen.

Bereits im Vorfeld dieser Sitzung hat man gehört, dass dem Budget nicht alle Ratsmitglieder zustimmen können. Ohne dass ich alle Argumente kenne, möchte ich zu bedenken geben, dass im Bereich Gesundheit die Spitalbeiträge um rund Fr. 490'000.-- höher budgetiert werden mussten, und solche Posten können wir nicht beeinflussen. Im Ressort Soziale Aufgaben zeigen sich die Auswirkungen der Wirtschaftskrise mit mehr Arbeitslosen, die Sozialhilfe beziehen sowie die reduzierten Leistungen, die von der Sozialversi-

cherung zurückfliessen, was zu einem Mehraufwand von Fr. 744'000.-- führt. Ohne diese beiden Erhöhungen hätten wir ein ausgeglichenes Budget.

Der Stadtrat legt ein realistisches Budget 2010 vor, und ich bitte Sie, diesem zuzustimmen - besten Dank.

Farid Zeroual:

Das neu eingeführte Instrument der Vollkostenrechnung, mit dem die Sachkommissions- und Gemeinderatsmitglieder ausserhalb der RGPK arbeiten müssen, ist wenig informativ und transparent. Im Umgang mit Darstellung und Auflistung der Vollkostenrechnung ergaben sich einige befremdliche Beobachtungen. In Gesprächen mit Angestellten der Verwaltung, Mitgliedern der Sachkommissionen und der RGPK bestätigten sich diese Beobachtungen. Aufgrund dieser Erfahrungen ergeben sich folgende Fragestellungen:

Die interne Verrechnung ist nur in wenigen Fällen wirklich transparent. Wie stellt sich der Stadtrat die Sparmöglichkeit der Ressortleitenden vor, wenn diese nicht mehr erklären können, wofür mehr Geld ausgegeben wird? Zum Beispiel im Ressort Gesundheit und Umwelt, wo für gleiche Leistung bei den Bestattungen die Kosten 5 % ansteigen sollen (S. 52), wenn gleichzeitig die interne Verrechnung des Ressorts Landschaft sinkt (S. 45)? Irritierend ist zudem, dass wir auch über den Stellenplan abstimmen. Wie stellt sich der Stadtrat die Arbeit der Sachkommissionen vor, wenn z. B. für die Produktegruppe Jugend, Freizeit, Sport nicht einmal mehr die Personalkosten sichtbar sind? Befremdlich ist auch, dass bei der Schule 90 % Gemeinkosten aufgeführt sind. Wie erfolgt die Abstimmung zwischen dem Ressort Finanzen und den übrigen Ressorts? Der Ressortleiter Finanzen konnte wenig Auskunft darüber geben, wie sich die Gemeinkosten der Schule zusammensetzen. Auf Rückfrage beim Schulsekretariat gab es eine sehr detaillierte Aufstellung über die einzelnen Kostenpositionen, sogar mit einem Mehrjahresvergleich. Letztlich stellt sich die Frage, welche Massnahmen der Stadtrat einleitet, um zukünftig eine effiziente Bearbeitung der Budgetunterlagen sowohl in der Verwaltung als auch in der RGPK und den Sachkommissionen zu ermöglichen?

Wir von den Kommissionen hoffen, dass die Vollkostenrechnung bald informativer dargestellt wird, und dass auch bei der Ausbildung auf die jetzt bemängelten Punkte ein Augenmerk gelegt wird.

Carmen Marty Fässler:

Im vorliegenden Budget 2010 ist der Wille des Stadtrates, die Finanzen in den Griff zu bekommen, klar sichtbar. Der Aufwandüberschuss wurde im Vergleich zum Vorjahr halbiert. Die neue Form der Berichterstattung sowie die Globalbudgets in allen Ressorts wurden eingeführt. Auch wir haben festgestellt, dass daraus für den Gemeinderat teilweise eine mangelhafte Transparenz resultiert. Die SP macht ein Fragezeichen hinter diese Form der Budgetierung und wird die Entwicklung im Auge behalten. Das Budget ist für das Parlament ein wichtiger Kompass um beurteilen zu können, ob der Stadtrat die Mittel richtig, umsichtig und vorausschauend einsetzen wird. Es ist wichtig, dass der Stadtrat langfristig gut plant und in die Zukunft eines attraktiven Adliswils investiert.

Im Budget stehen grosse Investitionen im Schulbereich an. Es ist dringend, dass die bereits zu lange aufgeschobenen Investitionen umgesetzt werden. Die Schule wird auch in Zukunft mit allen Erneuerungen und Reformen über genügend Mittel verfügen müssen.

Das heisst, dass in den kommenden Jahren keine Steuerfussenkungen in Frage kommen. Die Wirtschaftslage wird eine Zunahme der Sozialkosten auch in Adliswil zur Folge haben. Auch hier wird es darum gehen, die gesetzlich geforderte Unterstützung gewähren zu können. Auch dies spricht klar gegen eine Steuersenkung.

Die ganze SP Adliswil spricht den Mitarbeitenden der Stadt Adliswil ihren Dank aus. Alle Mitarbeitenden der Stadt setzen sich tagtäglich ein, dass effizient und erfolgreich gearbeitet wird. Die SP-Fraktion wird dem Budget 2010 zustimmen.

Renato Günthardt:

Wir sprechen heute von einem Budget, dass - ohne die sonst üblichen ausserordentlichen Erträge - ein Defizit prognostiziert. Dem Stadtrat ist zu danken, dass er sich auf den Sparweg gemacht und das strukturelle Defizit reduziert hat. Ehrlicherweise muss man aber sagen, dass dies auch mit Mehreinnahmen bei den Steuern zu tun hat. Enttäuscht ist die SVP-Fraktion jedoch darüber, dass das Budget nicht mit einer schwarzen Null abschliesst. Ich erinnere mich gut an die Budgetdebatte des letzten Jahres, wo von praktisch allen Seiten der Silberstreifen am Horizont gelobt worden ist. Wenn man sich heute nun den Finanzplan anschaut und die prognostizierten Defizite der kommenden Jahre sieht, dann fühlt man sich - zumindest in der SVP-Fraktion - wie im falschen Film. Im Finanzplan sieht man auch, dass unsere Verschuldung im Vergleich zu anderen Gemeinden immens ist, kurz gesagt, die grösste aller darin enthaltenen Vergleichsgemeinden.

Welches sind die Konsequenzen, die man daraus ziehen muss? Für die Mehrheit der SVP-Fraktion ist klar, dass wir einem Budget, das nicht ausgeglichen ist, nicht zustimmen können. Die Adliswilerinnen und Adliswiler haben Anrecht darauf, dass mit ihren Steuern ermittelt haushälterisch umgegangen wird. Das ist in verschiedenen Bereichen noch nicht der Fall. Wir beantragen somit ein Nein und verbinden mit diesem Antrag die Anforderung an den Stadtrat, uns ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren.

Peter Barmettler:

Die FDP-/EVP-Fraktion ist über das Ergebnis des Budgets 2010, den Aufwandüberschuss von rund 1,2 Mio. Franken, auch nicht erfreut. Wir hätten auch lieber eine schwarze Null. Man muss aber im Vergleich zu den Vorjahren betonen, dass dieses Ergebnis ohne a. o. Erträge zustande kommt. Es ist nun bereits auf den ersten Blick ersichtlich, wie hoch das strukturelle Defizit ist. Die Entwicklung des strukturellen Fehlbetrags ist positiv: Hat das Ergebnis vor a. o. Erträgen in der Rechnung 2006 noch 15,1 Mio. Franken betragen, ist es nun im Budget 2010 voraussichtlich 1,2 Mio. Franken. Zudem sind die Steuereinnahmen sehr vorsichtig geschätzt. Bezüglich Sparprozess bzw. Finanzpolitik dürfen wir zur Kenntnis nehmen, dass sich der Stadtrat unter der neuen Leitung der angespannten Finanzsituation erfolgreich angenommen hat, und wir fordern ihn auf, diesen Weg zu einem nachhaltig ausgeglichenen Gemeindehaushalt auch in einer schwierigen Wirtschaftslage weiterzugehen. Der Stadtrat hat den Weg einer strengen Ausgabenpolitik eingeschlagen, und wir akzeptieren, dass der Sparkurs seine Zeit braucht. Wir erinnern aber auch daran, dass auch wir hier im Gemeinderat die notwendige Finanzdisziplin einhalten müssen, um die Finanzlage unserer Stadt ausgeglichen zu gestalten.

Zum Steuerungsinstrument des Globalbudgets bzw. der neuen Vollkostenrechnung schliessen wir uns den bereits gehörten kritischen Voten an. Man kann zusammenfassen,

dass man in den Sachkommissionen das vorliegende Globalbudget ohne Detailbudget und weitere Informationen für eine genaue und sachgerechte Prüfung nicht brauchen kann. Wir danken deshalb der Verwaltung, die uns geholfen hat, die Prüfungsarbeit doch noch genau machen zu können.

Die FDP-/EVP-Fraktion wird dem vorliegenden Budget 2010, den Globalbudgets sowie dem Steuerfuss zustimmen. Zuerst muss das strukturelle Defizit abgebaut werden, anschliessend werden wir uns - mit oder ohne neuem Finanzausgleich - wieder für Steuer-senkungen einsetzen. Wir bedanken uns beim Stadtrat, insbesondere beim Finanzvorstand sowie der Verwaltung, für die Sparsbemühungen.

Detailberatung und Allgemeine Fragestunde

Der Ratspräsident informiert, dass zuerst allgemeine Fragen behandelt werden, dann das Budget 2010 und dort die spezifischen Fragen und ggf. Anträge an den entsprechenden Stellen.

Allgemeine Frage von Renato Günthardt:

In der Gemeinderatssitzung vom 7. Mai 2008 ging es um die Petition zur Erhaltung des B-Unterrichts. Im Vorfeld dieser Sitzung und auch in der Sitzung selber wurde verschiedentlich darauf hingewiesen, dass bei Ablehnung der Erhaltung des B-Unterrichts verschiedene Lehrpersonen mit Abfindungen entlassen werden müssten, um sie dann später für das Fach „Religion und Kultur“ wieder einzustellen. Trifft es zu, dass die bisherigen Lehrpersonen für B-Unterricht nicht ohne weiteres das Fach „Religion und Kultur“ unterrichten können? Müssen dafür sogar neue Lehrpersonen gesucht werden, da ganz andere Ausbildungsvoraussetzungen verlangt werden? Wenn ja, wusste die Schulpflege zum Zeitpunkt der Beratung der Petition am 7. Mai 2008 von diesem Sachverhalt?

Schulpräsidentin Rita Rapold:

Der B-Unterricht, wie er damals zur Diskussion stand, wurde zum einen von nur für diesen Bereich ausgebildeten Lehrpersonen erteilt, zum anderen von Volksschullehrpersonen, welche alle Fächer unterrichten dürfen. Mit der damals diskutierten Streichung des B-Unterrichts hätte allen Lehrpersonen gekündigt werden müssen. Die Volksschullehrpersonen hätten dann später wieder eingestellt werden können.

Das Fach „Religion und Kultur“ kann nur von Volksschullehrpersonen mit Zusatzausbildung erteilt werden, weil es als obligatorisches Fach ohne Abmeldemöglichkeit im Lehrplan ist. Einige unserer Lehrpersonen haben diese Zusatzausbildung absolviert. Es musste nur für wenige Lektionen neues Personal eingestellt werden. Jene Lehrpersonen, welche nur für den B-Unterricht ausgebildet waren, können „Religion und Kultur“ nicht erteilen. Ihnen muss mit dem definitiven Übergang das Pensum gekündigt werden.

Der Schulpflege waren alle diese Umstände im Grundsatz bekannt. Das habe ich auch in der Budgetdebatte so kommuniziert. Noch unklar war damals, ob bisherige Lehrpersonen für B-Unterricht, ohne Regelklassen-Lehrerdiplom, durch Weiterbildung die Unterrichtsberechtigung auch für „Religion und Kultur“ erlangen können. Dies wurde in der Zwischenzeit durch die Bildungsdirektion abgelehnt. Damit musste letztlich zwei Lehrpersonen gekündigt werden, weil sie die erforderliche Ausbildung nicht haben.

Allgemeine Frage von Stefan Winter für den abwesenden Daniel Frei:

Ist es richtig, dass nach der Renovation der Liegenschaft Kindergarten Kilchbergstrasse eine in dieser Liegenschaft verfügbare 4 ½-Zimmer-Wohnung zu klar unter Marktwert liegendem Mietzins an ein Mitglied der Schulpflege vermietet wurde, obschon dieses Mitglied gleichzeitig für die Infrastruktur und Planung, Realisation und Abrechnung von Liegenschaften der Schule verantwortlich war?

Wie wurde sichergestellt, dass das Mitglied der Behörde bei der Vermietung gegenüber den übrigen Bürgern nicht bevorzugt wurde?

Wie werden Sie in Zukunft verhindern, dass Schulbehördenmitglieder weder für sich noch für Familienmitglieder Vorteile aus ihrer Behördentätigkeit ziehen können?

Schulpräsidentin Rita Rapold:

Für die Vermietung von Wohnungen hat 1989 die damalige Schulpflege unter Federführung von Franco Rossi Richtlinien erlassen. Diese besagen, dass bei Vermietungen die Angestellten der Schule Priorität haben. In zweiter Linie werden Angestellte der Stadtverwaltung berücksichtigt. Wenn daraus kein Mietverhältnis entsteht, wird die Wohnung auf dem freien Markt ausgeschrieben. Die Richtlinien halten auch fest, dass Mitarbeitende der Schule keine Begünstigung in preislicher Hinsicht erhalten dürfen. Für die Festsetzung des Mietzinses gilt eine mittlere Marktüblichkeit. Die erwähnte Wohnung wurde nach der Sanierung mit erhöhtem Mietzins noch weiter vom bisherigen Mieter – auch er ein Angestellter der Schule – bewohnt. Per 01.09.2007 wurde die Wohnung unter Einhaltung der erwähnten Richtlinien durch die Dienst Einheit Liegenschaften neu an ein Mitglied der Schulpflege vermietet. Eine andere Bewerbung gab es nicht. Per 1.10.2008 wurde der Mietzins letztmals erhöht durch Anpassung an die Teuerung und den damaligen Stand des Hypothekarzinses.

Der heutige Mietzins basiert auf einer damaligen Schätzung des Hauseigentümergebietes und regelmässigen Anpassungen an Teuerung und Hypothekarzins. Die Wohnung würde zum gleichen Preis auch an Dritte vermietet. Das Schulpflegemitglied hat aus seiner Stellung keine Vorteile gezogen und hatte auch keinerlei Entscheidungsbefugnis über die Vermietung.

Franco Rossi:

...

Nach dem Votum von Franco Rossi stellt **Peter Barmettler** den Antrag, die Meinungsäußerung von Franco Rossi nicht zu protokollieren. Der Antrag wird angenommen.

Nun folgt die seitenweise Beratung.

Seite 2 - 46: keine Wortmeldungen

Seite 47 - 49, Fredi Morf: Ich stelle fest, dass die Polizei präsenter ist, und dies ist für die Bevölkerung ein Plus, denn es gibt ihr mehr Sicherheit. Dafür winde ich der Polizei ein Kränzchen und danke ihr herzlich für ihre Arbeit.

Seite 50: keine Wortmeldungen

Seite 51 (und 21), Stefan Winter: Auf Seite 21 wird von 100 Todesfällen ausgegangen und auf Seite 51 werden aber 30 Erdbestattungen und 80 Urnenbeisetzungen aufgeführt, was zusammen 110 Todesfälle gibt. Eine Bestattung kostet ca. Fr. 5'000.--, das ergibt eine Differenz von Fr. 50'000.--. Wie kommt diese Differenz zustande?

Stadtrat Heinz Spälti: Es hängt davon ab, wo wer beerdigt wird. In der Einwohnerkontrolle nimmt man alle Todesfälle entgegen, aber es werden nicht unbedingt alle in Adliswil beigesetzt, deshalb entsteht diese Differenz.

Seite 52: keine Wortmeldungen

Seite 53 - 57, Gabi Barco: Im neuen Stadtbrief von Stadtpräsident Harald Huber heisst es u. a., dass fakultative Leistungen wie beispielsweise das Weihnachtsgeld abgeschafft wurden. Wie viel Franken pro Jahr wurde bis anhin für dieses Weihnachtsgeld budgetiert? Haben alle Sozialhilfeempfangende diesen weihnachtlichen Zustupf erhalten? Wenn nein, nach welchen Kriterien wurde ein Zustupf erteilt? Wie hoch waren ungefähr die einzelnen Beträge, die pro Familie/Einzelperson ausbezahlt wurden? Hier haben wir noch erfahren, dass etwas gestrichen wurde. Im Rahmen des Globalbudgets werden wir solche Informationen nicht mehr erhalten. Und das kann es nicht sein.

Stadtrat Stephan Herzog: Die Sozialkommission hat beschlossen, auf die Ausrichtung der Weihnachtsgelder zu verzichten. Budgetiert war jeweils ein tiefer vierstelliger Betrag. Wenigen Sozialhilfebezügern, vor allem Familien, wurde ein tiefer dreistelliger Betrag vergütet. Es war ein relativ hoher Aufwand, weil man immer auch die Kriterien festlegen musste, und es war eine Gefahr, dass die Beträge moralisch anfechtbar waren, weil jegliche willkürliche Zuteilung nicht ausgeschlossen werden konnte. Das war auch der Grund für die Streichung.

Seite 58 - 61: keine Wortmeldungen

Seite 62 - 69, Renato Günthardt: Da unter Traktandum 2 der Antrag der Schulpflege betr. Schulsozialarbeit abgelehnt wurde, **beantrage ich, die Nettokosten von Fr. 28'862'000.-- um Fr. 85'000.-- zu reduzieren.**

Schulpräsidentin Rita Rapold: Es ist klar, dass der Betrag für die nicht bewilligte Stellenerhöhung vom Budget gestrichen werden muss. Aber es gilt zu beachten, dass die Stellenerhöhung erst ab Sommer 2010 bewilligt worden wäre. Folglich geht es nur um Fr. 51'000.--.

Renato Günthardt: In der entsprechenden Vorlage der Schulpflege heisst es: „Im Budget für das Jahr 2010 sind für Schulsozialarbeit zusätzliche Personalkosten von Fr. 80'000.-- und Sachkosten von Fr. 5'000.-- eingesetzt. Dies entspricht der vorgesehenen gestaffelten Umsetzung.“ Deshalb bleibe ich bei meinem Antrag.

Schulpräsidentin Rita Rapold: Vielleicht sind bei meinen Fr. 51'000.-- die Sozialleistungen nicht enthalten. Man muss einfach darauf achten, dass der Betrag gestrichen wird, der für ein halbes Jahr gilt.

Der **Ratspräsident Max Stenz** bespricht sich mit Rita Rapold; sie ist einverstanden, dass Fr. 85'000.-- (gemäss Vorlage der Schulpflege) gekürzt werden.

Beschluss zum Antrag von Renato Günthardt:

Annahme mit 29 : 1 Stimmen.

Seite 70 - 75: keine Wortmeldungen

Seite 76 - 77: Der **Ratspräsident** merkt an, dass hier ohne Abstimmung die Reduktion von 1,8 Stellen - gemäss dem Beschluss von Traktandum 2 - berücksichtigt wird.

Seite 78 - 84: keine Wortmeldungen

Beschlüsse zu den Anträgen des Stadtrates unter Berücksichtigung des diesbezüglich gefassten Beschlusses in der Detailberatung:

- 4.1 Das Budget 2010 wird vorbehältlich der Annahme der Ziffer 2.16 bis 2.18 unter Berücksichtigung des diesbezüglich gefassten Beschlusses in der Detailberatung festgesetzt:
Zustimmung mit 27 : 6 Stimmen.
- 4.2 Alle Globalbudgets - Ziffern 2.2 bis 2.15 - werden unter Berücksichtigung des diesbezüglich gefassten Beschlusses in der Detailberatung bewilligt:
Zustimmung mit 27 : 6 Stimmen.
- 4.3 Die zusätzlichen Abschreibungen im Bereich Abwasserbeseitigung von 1'000'000 Franken werden bewilligt:
Zustimmung mit 26 Ja-Stimmen.
- 4.4 Die zusätzlichen Abschreibungen im Bereich Wasserwerk von 500'000 Franken werden bewilligt:
Zustimmung mit 27 Ja-Stimmen.
- 4.5 Die zusätzlichen Abschreibungen im Bereich Alterssiedlung im Tal von 170'000 Franken werden bewilligt:
Zustimmung mit 27 Ja-Stimmen.
- 4.6 Der einfache Staatssteuerertrag (100 %) wird auf 39'700'000 Franken geschätzt:
Zustimmung mit 24 Ja-Stimmen.
- 4.7 Der Gemeindesteuerfuss wird auf 110 % festgesetzt:
Zustimmung mit 24 Ja-Stimmen.
- 4.8 Der budgetierte Ertragsüberschuss von 1'197'000 Franken wird gemäss des diesbezüglich gefassten Beschlusses in der Detailberatung angepasst und dem Eigenkapital belastet:
Zustimmung mit 26 Ja-Stimmen.
- 4.9 Der Stellenplan wird wie folgt genehmigt:
 - Stadtrat 115,6 Stellen
 - Sozialkommission 93,2 Stellen
 - Schulpflege 42 StellenZustimmung mit 26 Ja-Stimmen.

5. Stadtpolizei Adliswil

Interpellation von Roger Neukom betr. Stadtpolizei Adliswil, Beantwortung

Der Interpellant Roger Neukom wünscht das Wort nicht.

6. Steuerpolitik der Stadt Adliswil

Interpellation von Yannick Wettstein und 13 Mitunterzeichneten betr. Steuerpolitik der Stadt Adliswil, Begründung

Yannick Wettstein und 13 Mitunterzeichnete haben am 17. November 2009 folgende Interpellation eingereicht:

Nachdem der Steuerfuss der Stadt Adliswil noch im Jahr 1990 mit 118 % nur knapp unter dem damals gemäss Finanzausgleichsgesetz maximal zulässigen Wert gelegen hatte, setzte in den Folgejahren eine stufenweise Senkung bis auf 104 % im Jahr 2003 ein – eine positive Entwicklung, welche die steuerliche Attraktivität Adliswils signifikant erhöhte. Nach einer Stagnation des Steuerfusses im Zeitraum 2003 - 2007 fand die in den 90er Jahren eingeleitete positive Entwicklung mit der Annahme des Budgets 2008 am 5. März 2008 definitiv ein jähes Ende, als sich der Gemeinderat angesichts der damaligen prekären Finanzlage gezwungen sah, eine Steuerfusserhöhung um 6 % auf 110 % zu beschliessen. Im Vergleich zu den Adliswiler Referenzgemeinden (vgl. Budget 2010, S. 8) hat Adliswil seit 2003 deutlich den Anschluss verloren.

Am 28. Januar dieses Jahres hat der Regierungsrat die Vorlage für ein neues Finanzausgleichsgesetz beschlossen, welches bisherige Mängel im innerkantonalen Finanzausgleichssystem des Kantons Zürich beseitigen soll. Seine Inkraftsetzung ist per Anfang 2011 geplant. Mit dem sog. Ressourcenausgleich sollen alle Gemeinden mit mindestens 95 % der durchschnittlichen Steuerkraft ausgestattet werden. Hinzu tritt u.a. ein demografischer Sonderlastenausgleich, welcher überdurchschnittlich hohe Aufwendungen der Gemeinden aufgrund eines grossen Bevölkerungsanteils an Kindern und Jugendlichen ausgleicht. Adliswil würde zu den Gewinnern der Revision gehören: Laut Modellrechnungen¹ des Kantons hätte die Stadt Adliswil z.B. im Jahr 2007 einen Ressourcenzuschuss von 5,57 Mio. Fr. erhalten und somit – bei gleichen Ausgaben – einen Steuerfuss von lediglich 90.4 % statt 104 % benötigt.

Fragen:

1. Stellt die Senkung des Steuerfusses ein mittelfristiges finanzpolitisches Ziel des Stadtrates dar?
2. Besitzt der Stadtrat eine Steuerstrategie?

3. Welchen Stellenwert haben Überlegungen zur Steuerbelastung im Rahmen der Standortpolitik der Stadt Adliswil?
4. Wie gedenkt der Stadtrat, die Zuschüsse aus dem neuen Finanzausgleich einzusetzen?
5. Weshalb wird im neusten Finanzplan keine Senkung des Steuerfusses vorgesehen, sondern bis 2014 unverändert mit 110 % geplant?
6. Inwiefern nimmt die Stadt Adliswil im Rahmen ihrer Möglichkeiten Einfluss, damit der neue Finanzausgleich so schnell wie möglich in Kraft treten kann?

Yannick Wettstein, zur Begründung:

Die finanzpolitische Debatte in diesem Saal wurde während den letzten Jahren durch die Auseinandersetzung mit den Ausgaben beherrscht. Zur Beseitigung des strukturellen Defizits forderte der Gemeinderat die Exekutive zu umfassenden Sparmassnahmen auf, dessen erste Auswirkungen sich heute zeigen. Der Gemeinderat seinerseits hat mit einer vorsichtigen Ausgabenpolitik zum Erreichen des Ziels „ausgeglichenes Budget“ beigetragen. Etwas in den Hintergrund getreten ist dabei die Einnahmenseite des Budgets, insbesondere die Steuerpolitik. Grund genug für eine Standortbestimmung.

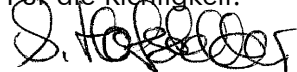
Im Jahr 1990 nahm Adliswil im Steuerfuss-Vergleich der Zürcher Gemeinden den unrühmlichen 139. Rang von 171 Gemeinden ein. Bis ins Jahr 2003 war man schrittweise in den Kreis der steuergünstigen Gemeinden, bis auf Rang 49, vorgestossen. Diese positive Entwicklung nahm am 5. März 2008 ein jähes Ende, als sich der Gemeinderat gezwungen sah, eine Steuererhöhung um 6 % auf 110 % zu beschliessen. Der Stadtrat hatte damals sogar eine Steuererhöhung um 11 % beantragt.

Die nächsten Jahre werden für die Stadt Adliswil diverse Neuerungen im Bereich der Steuern mit sich bringen. Neben dem Zuzug einer beträchtlichen Anzahl neuer Steuerzahlenden in die neuen Wohngebieten in Adliswil Nord stellen sich vor allem durch das neue Finanzausgleichsgesetz neue Herausforderungen.

Die Steuerbelastung ist nicht der einzige, aber einer der entscheidenden Faktoren für einen Wirtschaftsstandort. Steuerpolitische Umwälzungen haben deshalb Anlass für diese Interpellationen gegeben.

Schluss der Sitzung: 22.15

Für die Richtigkeit:



Ida Hofstetter, Ratssekretärin